

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Auswahl“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugpreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 5 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Hauptstraße 4/6, durch die Vertriebsstellen bei „Volksrecht“, Neue Gausenstraße 5 und Friedländerstraße 108, Hauptstraße 155, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Der Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerrücksendung monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerrücksendung 2,10 Rml. Durch die Post einzeln Bestellungengebühren 2,50 Rml.

## Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**  
Telefon: 21737, 21738, 21739, 21740  
Postfach-Ronto: Postfach-Nr. 21737, 21738, 21739, 21740  
Postfach-Nr. 21737, 21738, 21739, 21740  
Postfach-Nr. 21737, 21738, 21739, 21740

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenanzeigen, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

# Steuererhöhungen statt Steuererleichterungen?

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtb.)

Das Reichskabinett hat am Mittwoch die Beratungen des Reichshaushalts für das Jahr 1930 begonnen. Die stundenlange Debatte ist ein Ergebnis nicht erzielt worden. Man hat sich lediglich verständigt, am Freitag den Parteiprogrammen die strittigen Fragen zu unterbreiten. Schon dieser äußere Verlauf zeigt die großen Schwierigkeiten, die die Erledigung des Etats für 1930 verursachen wird.

## Dabei ist von Steuererleichterung, von Steuerumbau und von dem Finanzprogramm überhaupt keine Rede mehr.

Selbst die lautesten Rufe nach Steuererleichterungen, die noch vor wenigen Wochen jeden als Ignoranten und Trottel zu bezeichnen legten, der die Möglichkeit von Steuererleichterungen verneinte, sind inzwischen ganz still geworden. Sie haben anscheinend doch einsehen müssen, daß ihre Pläne auf Sentung der Steuern um Milliarden von Millionen beruhen, die bereits jetzt durch die harte Wirtschaftslage zerschlagen worden sind.

Nach nur wenigen Monaten glaubte die Öffentlichkeit im Jahre 1929 für den Etat 1930 700 Millionen für Steuererleichterungen zur Verfügung zu haben, also der volle Betrag der Ermäßigung der Reparationszahlungen. Die Reichsregierung befreit im Dezember den aus der Vermögenserleichterung für Steuererleichterungen zur Verfügung stehenden Betrag auf 350 Millionen. Der Etat für 1930, wie ihn Herr Molkenhauer dem Reichskabinett vorgelegt hat, erweitert diese Behauptungen als falsch. Er enthält statt einer Vermögenserleichterung einen Fehlbetrag von rund 700 Millionen Mark. Die Höhe des Fehlbetrages von 700 Millionen aber zeigt auch, daß er nicht allein durch die Schuldentilgungsgesetze hervorgerufen worden ist. Dieses Gesetz stellt nur eine Belastung von 450 Millionen Mark vor, zu der der Fehlbetrag von 154 Millionen aus dem Jahre 1929 und Mindereinnahmen an Steuern im Jahre 1929 von etwa 100 Millionen hinzutreten. Nach alledem kein Zweifel mehr, daß die schwierige Aufgabe des Etats von 1930 nicht die Verteilung von Überschüssen ist, sondern die Beschaffung von neuen Einnahmen, die nur durch Steuererhöhungen möglich erscheint.

Soweit man bisher die Pläne von Herrn Molkenhauer kennt, strebt er die Deckung des Fehlbetrages von 700 Millionen auf drei verschiedenen Wegen an. Erstens soll er den für die Arbeitslosenversicherung erforderlichen Zuschuß von 280 Millionen durch die Herstellung der sogenannten Gefahrengemeinschaft von der Invalidenversicherung und der Unfallversicherung erzielt werden und nicht aus der Reichskasse. Zweitens sollen die Ausgaben um 100 Millionen gekürzt werden und zwar in erster Linie die Ausgaben des Arbeitsministeriums, des Wehrministeriums und des Verkehrsministeriums. Drittens soll für den Rest von 370 Millionen die Deckung durch Steuererhöhungen beschaffen werden. Entweder soll die Biersteuer um die Hälfte oder um 20 Millionen und die Umsatzsteuer um 1/4 Prozent erhöht werden, was für das Reich eine Mehreinnahme von 190 Millionen bringen würde. Oder die Biersteuer soll verdoppelt und die Einkommensteuer wieder eingeführt werden. Oder es sollen neben der Erhöhung der Biersteuer und neben der Weinsteuern der Kaffeesteuer heraufgesetzt und die Rückstände bei Bier, Tabak und Zuckerversteuerung durch Verkürzung der Zahlungsfristen vermindert werden.

Die von Herrn Molkenhauer ferner geplanten Ausgabenkürzungen wird man sich erst im einzelnen ansehen müssen, wenn man endgültig zu ihnen Stellung nehmen kann. Daß der Reichsetat 100 Millionen eingespart werden können, ist nicht zweifelhaft. Aber man muß sie an der richtigen Stelle sparen. Und ob das gelingen soll, das ist noch mehr als fraglich. Kürzungen bei sozialen Ausgaben werden immer umso schwieriger sein, je schlechter die Wirtschaftslage ist, denn also die Zahl der Opfer des kapitalistischen Wirtschaftens ist. Von diesem Standpunkt aus müssen die ernstesten Bedenken gegen die Absicht ausgesprochen werden, die Reichskasse auf Kosten der Sozialversicherung zu entlasten.

Die Abbürdung des finanziellen Risikos der Arbeitslosenversicherung auf Invaliden- und Unfallversicherung gefährdet auch deren Existenz. Selbst wenn man aber die Sozialversicherung zum zeitweiligen Darlehensgeber der Arbeitslosenversicherung machen wollte, das Risiko selbst aber beim Reich verbleiben würde, läge in einer solchen Maßnahme eine überaus gefährliche Belastung der Reichsfinanzen, die mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik nicht in Einklang zu bringen ist.

Der entscheidende Fehler in den Finanzplänen von Herrn Molkenhauer aber liegt in seinen Vorschlägen zur Steuererhöhung. Von dem Fehlbetrag von rund 700 Millionen entfallen 600 Millionen auf die Schuldentilgung, die auf einmalige, nicht wiederkehrende Ausgaben von Molkenhauer mit seiner Deckung dauernde Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Biersteuer, der Umsatzsteuer usw. Das aber ist weder wirtschaftlich gerechtfertigt, noch politisch erträglich. Wenn man schon die Wirtschaftslage nicht durch Steuererhöhungen erleichtern will, so sollte man sie doch zum mindesten nicht durch Steuererhöhungen noch weiterhin erschweren, solange solche Steuererhöhungen vermeidbar sind. Vermidbar aber ist mindestens die Umsatzsteuererhöhung, da es einmalige Maßnahmen gibt, die für die Deckung des einmaligen Fehlbetrages Verwendung werden können. Neben der Steuererhöhung denken wir dabei in erster Linie an die Reduktion der Zinsen für Industrieobligationen und der Reichs-

bank. Unterbleibt ferner die im Etat für 1930 bereits vorgesehene Teilsenkung der Industrieobligationen und der Rentenbankgrundschuld der Landwirtschaft, so wird man schon auf diesem Wege einen größeren Betrag erhalten als er durch die Umsatzsteuererhöhung erzielt werden kann.

Die Deckung des einmaligen Fehlbetrages durch dauernde Steuererhöhungen, insbesondere solche, die auf dem Verbrauch ruhen, ist aber auch politisch nicht erträglich.

Verbrauchssteuern können nur unbefristet erhöht werden, weil, wenn einmal durch ihre Erhöhung eine Preissteigerung eingetreten ist, eine Ermäßigung der Steuer nicht unter allen Umständen zu einer Ermäßigung der Preise führt. Erfolgen aber unbefristete Verbrauchsteuererhöhungen, so wird im nächsten Etat, da der einmalige Fehlbetrag abgedeckt ist, ein Ueberfluß erscheinen, der dann zur Ermäßigung von Einkommensteuern verwendet werden kann. Solchen Absichten muß aber rechtzeitig vorgebeugt werden. Daher glauben wir nicht, daß die Vorschläge von Dr. Molkenhauer eine geeignete Basis für die Verabschiedung des Etats 1930 darstellen.

A. Kr. Wir wollen uns nicht lange bei den Demokraten aufhalten, deren von der demokratischen Presse in der bekannten Ueberheblichkeit und Eitelkeit gewisser Intellektueller so hochgepriesene, in Wahrheit völlig unwissende Sachverständige, wie der jetzige Bankrottfinanzminister Peter Meinhof, der pompöse Schaumbläser Stöcker und ein gewisser Günther Stein, der seit einigen Monaten im „Berliner Tageblatt“ sich alle paar Tage lächerlich macht, jetzt so derb durch die von uns stets durchschauten und hervorgehobenen Tatsachen zurückgewiesen werden. Das hiesige diesen eingebildeten Nichtsinnern wahrlich gar zu viel Ehre antun. Wir sind seit Monaten über sie ebenso hinweggegangen, wie über die revolutionärjournalistischen Unaufrichtigkeiten des „Berliner Tageblattes“ und anderer demokratischer Blätter gegen unsere Partei anlässlich des Wechsels im Kultusministerium.

Viel mehr interessiert uns eine sachliche Frage, die sich anlässlich der Lage der Reichsfinanzen am stärksten aufdrängt und die in diesem Zusammenhang eigentlich nach garnicht aufgeworfen ist. Das ist die Frage: Wie kann jetzt noch ein vernünftiger Mensch gegen den Youngplan sein? Wenn der Youngplan angenommen, also 700 Millionen Mark an den Reparationszahlungen im laufenden Jahr gespart werden, dann bleibt immer noch ein Defizit von 700 Millionen Mark im neuen Reichsetat.

Wäre der Dawesplan in Kraft, so würde das Defizit im Reichsetat auf die Riesensumme von fast 1 1/2 Milliarden Mark steigen. So liegen, rund und nett, die Dinge. Das Reich wäre dann gezwungen, zu ganz rigorosen und umfassenden Steuererhöhungen zu greifen, die der Wirtschaft den Rest geben müßten. Das sollten sich alle, die in der Wirtschaft, sei es als Arbeiter und Angestellte, sei es als Unternehmer, stehen, klarmachen, wenn es jetzt gilt, über die Annahme oder Ablehnung der Haager Abmachungen zu entscheiden.

## Das Attentat in Mexiko

Mexiko-City, 7. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den neuen Staatspräsidenten hat die Polizei bisher 28 Personen verhaftet. Man glaubt, einem Komplott auf der Spur zu sein, dessen Aufgabe darin ziele, anlässlich der Einführung des neuen Staatspräsidenten die ganze Regierung zu ermorden. Demgegenüber bleibt der eigentliche Attentäter dabei, daß er für die Tat allein verantwortlich sei und keine Helfershelfer habe.

## Nicht bestätigt

Der in Frankfurt a. O. gewählte deutsche nationale Studiererrat ist von dem zuständigen Regierungspräsidenten nicht bestätigt worden. In der Begründung heißt es, Sach habe sich für das Volksbegehren eingesetzt.

## Ein Erfolg Tardieus

Paris, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die rechts stehenden Elemente der Kammerfraktion der radikalen Linken befreiten sich am Donnerstag mit dem Zwischenfall Tardieu-Dantelou. Ohne sich klar für oder gegen die Regierung zu entscheiden, nahm die Fraktion eine Entschlieung an, die immerhin eine Desavouierung ihres Vorsitzenden Dantelou bedeutet. Die Resolution besagt, daß die Gruppe in ihrer Majorität der Politik des Kabinetts Vertrauen entgegenbringe und ihren Vorsitzenden daher ersuche, im Falle einer neuen Einladung des Ministerpräsidenten an den Beratungen der Reichstagsgruppen teilzunehmen.

Die Annahme der Entschlieung erfolgte mit 27 gegen 5 Stimmen bei 20 Enthaltungen. Die linksgerichteten Elemente der Gruppe hatten sich von der Sitzung ferngehalten.

## Auf dem Wege zum Getreidemonopol?

Von Mathilde Wurm.

„Preisstabilisierung“ war das Zauberwort, unter dessen Einfluß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den letzten Getreidezollerhöhungen — diesmal in der Form von Steuerzöllen — zustimmte. Allerdings hatte schon in den vorausgegangenen Fraktionsberatungen ein Teil der Mitglieder zum Ausdruck gebracht, daß sie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft an die Möglichkeit einer Preisstabilisierung nicht glaube. Die Getreidemarktentwicklung der letzten Wochen hat der Fraktionsminderheit recht gegeben; nicht nur, daß keine Roggenpreisstabilisierung eingetreten ist; überdies haben die verschiedenen zur Preisstabilisierung vorgenommenen Manipulationen eine bisher ungekannte Beurteilung des Marktes hervorgerufen. Dazu hat allerdings noch ein unvorhergesehenes Ereignis beigetragen: nämlich daß Rußland als Exporteur auf dem Getreidemarkt erschien, den Polen und Deutschland bisher allein zu beherrichen glaubten. Bis Dezember war Deutschland einziger Roggenlieferant für Skandinavien gewesen; Polen hatte nicht nur exportiert, sondern zur Verhinderung der Ausfuhr bis zum April 1929 sogar hohe Ausfuhrzölle geholt und erst dann mit der Ausfuhr begonnen. Nach einer kurzzeitigen Zerrüttung begann es, um seine Ausfuhr zu fördern, Ausfuhrprämien zu bezahlen, die ab November 1929 sich auf 30 Mark je Tonne beliefen. Die Ausfuhr aus Polen stieg im Dezember auf 38 000 Tonnen. Gänzlich unerwartet warf im Januar dieses Jahres Rußland plötzlich 50 000 Tonnen Roggen auf den europäischen Markt, wovon es an einem einzigen Tage allein 30 000 Tonnen — das ist die Hälfte des deutschen Monatsexports — zum Preis von 9,15 fl. (8 Mark) pro Zentner nach Norwegen verkaufte. Zur gleichen Zeit verjachten der polnische Getreidehandel und der deutsche Schwenkern ihren Roggen zu 6,80 fl. (5,60 Mark) abzugeben. Die Preisdifferenz ist in Qualitätsunterschieden zwischen russischem und deutschem Roggen begründet. Um das gegenseitige Ansehen auf dem Weltmarkt zwischen Deutschland und Polen zu verhindern, ging von Deutschland die Anregung zur Gründung eines deutsch-polnischen Exportkartells aus, das bis jetzt allerdings trotz der inzwischen eingeleiteten Verhandlungen nicht zustande gekommen ist; einstweilen würde nur ein Abkommen für drei Wochen, gültig bis zum 10. Februar zwischen der Bank Koling-Warschau und der Getreidehandels-Gesellschaft getroffen; auf Grund dieses privaten Abkommens hat die Getreidehandels-Gesellschaft der Bank 20 000 Tonnen Roggen zum Preis von 103 Mark pro Tonne abgekauft, mit der Verpflichtung, daß Polen während dieser 3 Wochen keinen Roggen nach Deutschland ausführt. Auf Grund dieser Vereinbarung gelang eine — vorübergehende — Preiserhöhung auf dem deutschen Markt um 5 Prozent. Diese Interventionstätigkeit hatte notwendig eine Vermehrung des deutschen Angebots um 20 000 Tonnen zur Folge. Und jetzt mußte das geschehen, worüber eine Verständigung zwischen den Koalitionsparteien im Dezember nicht zu erzielen gewesen war, nämlich die Magazintierung von 150 000 Tonnen Roggen mußte ernstlich in Angriff genommen werden. Diese war bis dahin daran gescheitert, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien sich energisch dagegen gestraubt hatten, für die Magazintierung Reichsmittel zu bewilligen. Woher jetzt plötzlich die Getreidehandels-Gesellschaft in den Besitz der dazu notwendigen 25 Millionen gelangt ist, ist nicht zu ergründen! Die Öffentlichkeit hat alles Interesse daran, zu erfahren, ob etwa auch hier wieder das Reich, wie bei allen bisherigen Stützungsaktionen für den Roggenpreis als Geldgeber aufgetreten ist! Sollte das der Fall sein, so wäre das keinesfalls damit zu rechtfertigen, daß durch den Fortfall des variablen Einfuhrzolls, der heute entsprechend dem 90-Mark-Roggenzoll 90 Mark betragen würde, während er heute nur 60 Mark beträgt, das Reich zirta 18 Millionen spart. Diese Ersparnis ist dringend notwendig, und darf nicht sofort an anderer Stelle wieder ausgegeben werden! Die Magazintierung ist aber auch abgesehen von den Mitteln problematisch wegen des nicht genügend vorhandenen Lagerraums, des unvermeidlichen Schwunds und des Zinsverlustes. Dazu kommt, daß wir wiederum nicht wissen werden, wohin mit dem aufgespeicherten Roggen, wenn auch im nächsten Jahr der Himmel wieder einfallen hat und uns wieder eine gute Ernte beschert! Schließlich sind weitere wesentliche Einwände noch die Ungewissheit über den Ernteausfall in Argentinien, über den bis zur Stunde keine Klarheit besteht, und die weiteren Exportmöglichkeiten Rußlands. Ohne Ueberreibung kann gesagt werden, daß der Roggenpreis in Deutschland heute ein künstlicher ist; ohne die verschiedenen Stützungsaktionen würde er höchstens 140 Mark betragen.

Die bis jetzt geübte gesamte Roggenpolitik erwies sich als absolute Fehlkonstruktion; verschleudertes deutsches Roggen verhofft den Konsumenten in den nordischen Ländern gutes und billiges Brot, während der deutsche Konsument sich mit schlechtem und teurerem begnügen muß. Die billige Viehhaltung der Landwirtschaft aber erhält auf diese Weise billiges Schweinefutter, das ihm einen Massenfleischexport zu billigen Preisen nach Deutschland ermöglicht, der die ostpreussische Landwirtschaft wiederum dauernd zu dem Schrei nach höherem Schweinezoll veranlaßt. Bedenkt man, daß das Reich und Preußen in den letzten Jahren 2 1/2 Milliarden zur Stützung der Landwirtschaft hergegeben haben, während die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung absolut keine Mittel bekommen kann, so fragt man sich, wie lange diese Politik eigentlich noch fortgesetzt werden soll. Ist es wirklich dringende Aufgabe der Sozialdemokratie, den unmöglichen Versuch fortzusetzen, der Not des ostpreussischen Roggenbauern entgegenzukommen, der in all den Jahren im Vertrauen auf die Reichsmittel nichts gelernt und nichts vergessen hat, auf Kosten der Steuerzahler, abgeholfen?

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft werden bereits neue Mittel und Wege erwoogen, wie ein erhöhter Konsum an Roggen in Deutschland herbeiführen sei. Ein Roggenbrotgesetz soll geschaffen werden, das endlich und das ist das wichtigste und von der Sozialdemokratie seit langem gefordert — ein festes Preisniveau festsetzt, das bedeutet, das endlich die Täuschung der konsumierenden Bevölkerung, daß für den gleichen Preis auch die gleiche Menge geliefert werde,



über die Forderung, ein reines Roggenbrot zu backen, scheint in den Vätern des Ministeriums schon wieder eingeschränkt zu werden durch die Erlaubnis einer Beimischung von 5 Prozent Weizenmehl, was unter allen Umständen deshalb abgelehnt werden muß, weil es gar keine Möglichkeit gibt, festzustellen, ob 5 oder 10 Prozent Weizenmehl beigemischt worden sind, wodurch gerade das, was erreicht werden soll, die Herstellung eines reinen Roggenbrotes verfehlt würde. Dann wäre es schon besser, ein billiges und als solches deklariertes Weizenmehlbrot herzustellen, aber jede Mischerei zu unterlassen. Eine Ausmaßbeschränkung für Roggen wird gütlicher Weise von allen beteiligten Kreisen abgelehnt. Der Anreiz, der in der Gewinnung einer vorzüglichen Klebe besteht, ist unwirksam, da sie unverkäuflich bleiben muß infolge des schon jetzt allzu großen Angebots. So sehr die Herstellung eines reinen Roggenbrotes zu begrüßen wäre, so wäre es eine Illusion, sich davon wirksame Abhilfe der „Kroggennot“ zu versprechen.

Was allen helfen kann, sind zwei Dinge: Monopol und Umstellung der Räder von Roggen auf Weizen. In einer ausgearbeiteten Rede in der Hauptlandwirtschaftskammer hat Professor Raur eine solche Umstellung als durchaus möglich bezeichnet. Was das Monopol betrifft, so hat die Sozialdemokratie es bereits im Juni 1929 durchzuführen wollen, wobei sie einerseits den maßlosen Forderungen der Agrarier, andererseits dem geschlossenen Widerstand des Getreidehandels unter Führung des Reichsernährungsministers Dietrich begegnete.

Zimmerlin scheint auch der Minister noch gerade einzusehen, daß das Getreidemonopol unvermeidlich wird, wenn auch seine persönliche Stellung dazu durchaus unklar ist, denn wie wäre es sonst möglich, daß gerade die ihm nahestehende demokratische Presse sich in Widerspruch über seine Absichten ergeht? Der Getreidehandel selbst nimmt ebenso wenig eine klare Stellung ein, und die Landwirtschaft schweigt sich einweilen aus. Die Situation wird umso gefährlicher, als nach den neuesten Meldungen des Reichsstatistischen Landesamts der Anbau von Winterroggen sich abermalig vergrößert hat. Umso mehr ist es Pflicht der Sozialdemokratie, endlich die Initiative zu ergreifen; nicht die Art der Volksernährung kann sich an die Getreideproduktion anpassen, sondern umgekehrt: die Agrarproduktion muß sich dem Bedarf anpassen, und wir unterschreiben, was der Präsident der Preußenkammer Klepper im Magazin der Wirtschaft vom 31. Januar schreibt: „Eine umgekehrte Struktur der vorhandenen Struktur der landwirtschaftlichen Produktion gerichtete Agrarpolitik muß also die Agrartriffo auf lange Sicht verschärfen.“

Schaffung des Getreidehandelsmonopols und Schluß mit der Subventionenpolitik der Landwirtschaft muß die Forderung der Sozialdemokratie sein. Solange aber das Reich überhaupt noch Gelder der Allgemeinheit für die Landwirtschaft verwendet, müssen sie auch der Allgemeinheit zugute kommen. Das kann in diesem Falle nur geschehen durch Verhängung eines Anbauzwanges unter staatlicher Kontrolle.

weiterer Instanz, das zu Unrecht angenommen habe, daß des Republikshulagegesetze aufgehoben sei.

Leipzig, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, wurde von dem Schöffengericht Bochum zu zweijähriger Haft verurteilt. Die Verhandlung wurde von dem Reichsanwalt Dr. Dr. Hildebrandt geleitet. Der Reichsanwalt hat die Verurteilung als ein Beispiel für die Notwendigkeit der Bekämpfung der Nationalsozialistischen Bewegung bezeichnet. Die Verurteilung wurde am Donnerstag auf Antrag des Reichsanwalts auf, da es sich um eine Straftat handelt, aufgehoben.

Der kleine Büroangestellte hatte Deutschland in der Republik bezeichnet und von dem Reichsanwalt Dr. Dr. Hildebrandt gelehrt, daß er als Sanktion gegen seine Stammesgenossen vorgehen werde. Außerdem hat er im Reichstag Verbacher, Juden und Spitzhaken

## Die einzig richtige Antwort

Die SPD-Schimpfholde werden erzogen. Verantwortlich durch kommunistische Forderungen, die sich der Magistrat der Stadt Berlin am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung, so daß die Entscheidungen nicht möglich waren.

Von den Kommunisten war eine Auskunft über das Verhalten eines Direktors der Berliner Verkehrs-Gesellschaft gefordert worden. Als Bürgermeister Scholz die Hand erhoben hat, um zum Wort zu melden, wurde von kommunistischer Seite rufen: „Wir verlangen eine schriftliche Antwort, denn nach was wir von diesem Magistrat unter Leitung eines Scholz erwarten, kann man uns nicht zumuten, daß wir irgend eine mündliche Erklärung noch ernst nehmen.“

Bürgermeister Scholz erwiderte sofort: „Magistrat ist sich seiner Verpflichtung, in diesem Hause über die Angelegenheiten der Verwaltung Rechenschaft zu geben, vollständig bewußt und er ist jederzeit bereit, Erklärungen abzugeben.“ Der Magistrat ist aber nur verpflichtet, sich zu äußern, wenn es sich um Angelegenheiten in einer würdigen und angemessenen Form handelt. Das Verlangen der kommunistischen Fraktion in einer ungewöhnlich ungehörigen und beschimpfenden Weise gestellt worden. Der Magistrat wird künftig in Fällen, in welchen er derartige unwürdige Angelegenheiten, eine Antwort nicht mehr abgeben.“ Als Bürgermeister Scholz diese Erklärung abgegeben hat, verließ er mit dem gesamten Magistrat den Saal.

## Italienisch-österreichischer Freundschaftsvertrag

Am Donnerstag wurde in Rom zwischen Mussolini und dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg ein Freundschafts- und Schiedsvertrag unterzeichnet.

Der Pressevertreter erklärte Bundeskanzler Schuschnigg am Donnerstag, daß der abgeschlossene Vertrag durchaus Schiedsverträge entspricht, die Österreich mit anderen Mächten abgeschlossen habe. Er enthielt viele Worte, aber keinerlei Zusicherungen. Sein Hauptzweck sei, künftige Streitigkeiten zwischen Italien und Österreich zu vermeiden. Der Vertrag werde am kommenden Mittwoch gleichzeitig in Rom und Wien veröffentlicht.

In Bezug auf seine Rom-Reise erklärte Schuschnigg, daß die deutsche Regierung über den Zweck dieser Reise unterrichtet gewesen sei. Er selbst habe seinen Besuch von der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages im Haag und zwar sowohl hinsichtlich der Aufnahme neuer Anleihen für Österreich als auch einer vollständigen Liquidierung der Vergangenheit abhängig gemacht. Anfang Dezember habe Italien eine entsprechende Antwort erteilt und im Haag habe die italienische Regierung das Wort gehalten, d. h. Österreich tatkräftig unterstützt.

## Keine Anerkennung der Sowjetregierung durch Belgien

Außenminister Hymans antwortete am Donnerstag in der Kammer auf die Rede Vanderveldes über die Beziehungen zu Sowjetrußland.

Hymans lehnt die diplomatische Anerkennung ab, so lange keine Garantien dafür vorhanden sind, daß Moskau sich der Organisierung der Propaganda enthalten wird. Daß die Versprechungen der Sowjetregierung nicht zu glauben sei, zeigten die jüngsten Erfahrungen in England. Handel lasse sich ohne die amtliche Anerkennung der Beziehungen treiben. Das zeigten die amerikanischen Tatsächlichkeiten auch zwischen Belgien und Rußland Handelsbeziehungen. Im übrigen habe auch Vandervelde als Außenminister die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht aufgeben können. Er dürfe sich infolgedessen nicht darüber belagern, wenn sein Nachfolger die gleiche Haltung einnehme.

Auf diesen Angriff antwortete Vandervelde, daß er habe die diplomatische Anerkennung Sowjetrußlands nicht abgelehnt, weil es ihm nicht gelang, die damalige Koalitionsregierung in diesem Punkte zu seiner Politik zu befehlen. Er werde doch nicht wieder in eine Regierung eintreten, die die Anerkennung Sowjetrußlands nicht in ihr Regierungsprogramm aufnehme.

# Neuer Fortschritt auf der Flottenkonferenz

## Eine wichtige Streitfrage gelöst

London, 7. Februar. (Eig. Funkenbericht.) Das erste Komitee der Flottenkonferenz hat die Streitfrage Gesamttonnage oder Kategorientonne, die bisher einen Fortschritt der Konferenz hemmte, am Donnerstagabend gelöst.

Neher das Ergebnis verläutet im einzelnen noch nichts. Inzwischen haben die Amerikaner bezüglich der Schlachtschiffe und schweren Kreuzer neue Vorschläge bekannt gegeben. Sie enthalten ein Angebot auf Herabsetzung der amerikanischen schweren Kreuzer von 21 auf 18. Großbritannien soll 15 schwere Kreuzer besitzen und zur Herstellung der Parität mit einer proportional höheren Anzahl leichter Kreuzer entschädigt werden. Die englisch-amerikanische Parität in der Kategorie der Schlachtschiffe soll bereits 1931 hergestellt werden.

Es verläutet, daß die amerikanischen Vorschläge in englischen Regierungskreisen günstig aufgenommen worden sind.

## Tardieu macht sich wichtig

London, 6. Februar. (Eig. Draht.) Der Entschluß der fünf Delegationsführer der Flottenkonferenz, auf die Tagesordnung der Vollziehung vom kommenden Dienstag die Unterseebootsfrage zu setzen, hat, wie der „Daily Herald“ meldet, ein bezeichnendes Nachspiel gefunden.

Der französische Ministerpräsident hat sich veranlaßt gesehen, die Initiative, die in der Unterseebootsfrage seit jeher bei den Engländern und Amerikanern gelegen hatte, an sich zu reißen und wissen zu lassen, daß die französische Delegation am Dienstag durch den Mund des französischen Marineministers Leggues einen Antrag auf „humanisierung“ der Unterseebootsfrage einbringen werde. Die Franzosen werden bei dieser Gelegenheit u. a. beantragen, daß Handelschiffe von Unterseebooten nur dann torpediert werden dürfen, wenn sie voll bewaffnet sind und alle Maßnahmen für eine Rettung der Mannschaften getroffen sind. England und Amerika sind seit jeher für die Abschaffung der Unterseeboote und im Falle der Unmöglichkeit dieses Vorschlages, für eine Einschränkung der Unterseeboote eingetreten, während Frankreich seit 1921 keine Gelegenheit ungenutzt gelassen hat, um seiner Gegnerschaft gegen derartige Pläne Ausdruck zu geben. Tardieu hat nunmehr erkannt, daß der französische Widerstand ein Scheitern der Konferenz in einem ihrer wichtigsten Punkte zur Folge haben würde und scheint entschlossen zu sein, aus seiner Not eine Tugend zu machen.

Es ist unverkennbar, daß Tardieus Versuch, die Initiative für sich zu beanspruchen, in englischen und amerikanischen Kreisen verstimmt hat. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“, der der englischen Delegation nahe steht, macht sich zum Sprachrohr dieser Stimmung, wenn er schreibt: „Tardieu's Bemerkungen ist ein wenig ungehörig. Der französische Ministerpräsident täte gut daran, die Konferenz etwas mehr als eine Gelegenheit zur Herabsetzung der Rüstungen, als für persönliche Rhetorik zu benutzen.“

## Frauenlegation bei Macdonald

London, 6. Februar. (Eig. Draht.) Macdonald hat am Donnerstag in Anwesenheit des amerikanischen Delegationsführers zur Flottenkonferenz, des japanischen Hauptdelegierten und des Vertreters der Dominikaner eine Frauendelegation empfangen, die im Namen von 20 Millionen in verschiedenen pazifistischen Frauenorganisationen zusammengesetzten Frauen nach London entsandt worden war. Die Delegation überreichte dem Ministerpräsidenten Entschuldigungen der Frauen Amerikas, Englands, Japans und Frankreichs.

Macdonald betonte in seiner Antwort auf die Ansprache der Delegierten, daß Worte niemals dem Ausdruck zu geben vermögen, der von Frauen für ihre Bemühungen um das Zustandekommen der Konferenz gebühre. Das große Problem der Konferenz laute, Friede mit Sicherheit zu verbinden. Falls es den Staatsmännern gelingen werde, den Willen des Gefühls der Sicherheit zu verankern, so sei jeder zukünftige Versuch böswilliger Politiker, bei ihren Parlamenten größere Summen für Rüstungszwecke zu erlangen, zum Scheitern verurteilt.

## Ein unwürdiger Staatsanwalt

### Unwürdiges Verhalten eines Reichsanwalts

Leipzig, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts bekannte sich der Vertreter der Reichsanwaltschaft Saud am Donnerstag zu seltsamen, eines Richters unwürdigen Auffassungen über Instanzpflichten. Saud zeigte sich als Jurist, der in der Republik längst unmöglich sein sollte.

Der Kaufmann Mag Gillsch aus Gleiwitz wurde kürzlich wegen Vergehens gegen das Republikshulagegesetz zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte auf der Fahrt in einem Straßenbahnwagen von Gleiwitz nach Hindenburg die Republik einen Saukall genannt, den sozialdemokratischen Innenminister Gyselski als einen Gewerkschaftsabsonnen und den früheren Minister Rathenau als Juden und Verräter bezeichnet. Das Landgericht Gleiwitz sprach den Verleumder im Berufungsverfahren trotz seiner Gemeinheiten schließlich frei. Dagegen legte der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht ein.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft Saud erklärte am Donnerstag vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts, daß er die Revision nicht vertreten könne, da sie gegen seine innere Überzeugung gehe. Er sei sich klar, daß ihm diese Aufstellung harte Angriffe der Presse einbringen werde und er bitte ausdrücklich darum, sie gegen seine Person zu richten. Als Erkennung der Beschimpfung sei nicht die Form, die das Reichsgericht bisher angenommen habe, maßgebend, sondern die Gemeinheit der Gesinnung und dies sei dem Angeklagten nicht nachgewiesen worden. Ebenso sei nachzuweisen, ob der Angeklagte mit Saukall der Republik den Reichstag oder die Republik gemeint habe. Daß der Angeklagte die verfassungsmäßig gelegte Staatsform beschimpft habe, gehe aus dem Urteil ebenfalls nicht hervor. Um den Begriff der Beschimpfung zu illustrieren, wolle er ein jugendliches Beispiel wiedergeben. Er habe im Jahre 1902 als Referendar mit angehört, wie ein Straßenhändler einen Passanten beleidigte und habe sich damals gewogen gefühlt, den Händler zu fragen, wie er als anständiger Mensch dazu käme, solche unaufrichtigen Worte zu gebrauchen. Er selbst sei sich dabei vorgekommen wie eine Gouvernante aus einem christlichen Hospiz zur Mädchenerziehung. Der Straßenhändler habe ihm geantwortet: „Wir sind keine anständigen Menschen.“ Als Gegenbeispiel, wie mit feinen Worten hohe Beschimpfungen gesagt werden könnten, bezeichnete er einen Artikel Gustav Meyrinks über Richard Wagner, der in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen sei. Daß der Angeklagte den verstorbenen Minister Rathenau einen Juden und Verräter genannt habe, keine Beschimpfung im Sinne des Republikshulagegesetzes, denn daß er Jude war, wäre bekannt und die Beschimpfung Verräter sei die eigene Gesinnung des Angeklagten. Im Sinne seiner verworrenen Ausführungen beantragte Herr Saud schließlich die Revision zu verwerfen.

Der Senat kam zur Aufhebung des Urteils

# Der Unheimliche

## The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer (Nachdruck verboten)

Er dachte angestrengt nach. „Es ist nicht anzunehmen“, fuhr er fort, „aber es ist doch eine Möglichkeit vorhanden, daß der Hebel angeht. Aber wenn das auch der Fall gewesen wäre, hätte keiner meiner Angestellten mich verraten. Nein, mein Lieber, Sie können sich diese Idee aus der Kopf schlagen! Es ist unmöglich. Mit Amery ist alles in Ordnung. Es tut mir beinahe leid, daß ich Ihnen gegenüber meine Zweifel ausgesprochen habe, denn dadurch habe ich die Saat des Argwohns in Ihren Geist gesät.“

Ralf lachte innerlich. „Was mich betrifft, ist die Saat schon in voller Blüte!“ sagte er. „Ich muß zugeben, daß ich gegen Amery vorgegangen bin, und ich täte alles, um ihm eins auszuwichen.“ Als er dann den erkannten Ausdruck auf dem Gesicht des anderen sah, fuhr er fort:

„Aber ich werde es selbstverständlich nicht tun.“ „Gott sei Dank!“ sagte Mr. Tupperwill erleichtert. „Ich habe Gewalttätigkeiten immer gehabt, aber jetzt habe ich eine noch größere Antipathie dagegen.“ Er lachte sich besüßlich an den Kopf.

Ralf hatte lediglich die Wahrheit gesagt, daß der leitende Gehülfe in seinem Kopf nur der Gelegenheit zuckte, um mit dem Mann abzuhaken, den er mit ungewöhnlicher Festigkeit hatte, und schon am Nachmittag desselben Tages nahm er die Gelegenheit dazu wahr.

## XIV

„Miß Marlowe, Sie sind entschlossen, am Sonnabend zu gehen?“ „Sowohl, Major Amery.“ Amery hand mit den Händen in den Taschen am Fenster und schaute düster auf die Straße.

bleiben befohle, würde sie den Mut nicht finden, seinem Befehl entgegen zu handeln.

„Es tut mir leid, Major Amery, aber ich kann nicht länger als bis Sonnabend dableiben.“

Sie hatte nicht erwartet, daß er sie zum Bleiben auffordern würde, auch erwähnte er den Hebelfall auf Mr. Tupperwill nicht mehr. Da sie für Jessie Dame eine warme Zuneigung fand, wagte sie ihm vorzuschlagen, daß das Mädchen ihren Platz einnehmen sollte. Die Stellung war nämlich sehr begehrt, und das Gehalt war doppelt so hoch als das der wichtigsten Stenotypistin der Firma.

„Sie kann keine Orthographie!“ war alles, was er sagte, und Elsa war einestills sehr froh darüber.

Da sie keinen hartnäckigen Charakter kannte, erwartete sie, daß er im Laufe des Tages seine Bitte wiederholen würde, doch darin täuschte sie sich. Um halb fünf brachte der Bureaudiener zwei Tabletts mit Tee, von denen sie eins wie gewöhnlich in Amerys Zimmer nahm. Sie stellte das Tablett auf den Schreibtisch, und er nickte, hob den Deckel hoch und roch — eine Gewohnheit, die sie schon früher bemerkt hatte. Diesmal schaute er auf, bevor das Lächeln von ihrem Gesicht verschwunden war.

„Was amüsiert Sie wohl? Ich will Ihnen noch etwas zeigen, was Sie noch mehr amüsiert wird.“

Er zog aus seiner Tasche ein flaches Kästchen hervor, dem er einen schmalen himmelblauen Streifen entnahm und in die Milch tauchte. Als er den Streifen wieder herauszog, war er rot.

„Warten Sie!“ sagte er, zog den Tee in die Tasse, und nahm diesmal einen rosafarbenen Papierstreifen.

Als sie in das Kästchen schaute, bemerkte sie, daß es nichts weiter als Hunderte dieser rosa und blauen Streifen enthielt. Er tauchte den rosa Streifen in den Tee, ließ ihn einen Augenblick darin und zog ihn wieder heraus. So weit, wie der Tee den Streifen angefeuchtet hatte, war das Papier hellgelb geworden.

Eine etwas einfache Probe, aber zuverlässig. Arsenik färbt das Papier in der Milch grün und im Tee purpur. Strychnin färbt es in beiden Fällen schwarz, genau so wie Arsenik. Iodant wieder färbt das blaue Papier ganz weiß, und das rosa Papier wird dunkelrot.

Elsa hörte mit offenem Munde zu.

„Etwas Ähnliches war es“, erwiderte er und tat Mißfallen zu den Lippen. „Uebrigens, das ist eine Art von Wahnsinn — man glaubt, daß man vergiftet werden soll, oder daß jemand einem nach dem Leben trachtet.“

„Wie soll Gift hierher kommen?“ fragte sie skeptisch.

„Warum denn nicht? Ich habe viele Feinde, und mindestens einer von ihnen hat den ärztlichen Beruf.“

Zu irgendeiner anderen Zeit hätte sie die Andeutung Ralf Hallam zurückgewiesen, doch jetzt, doch jetzt, da sie das Häkchen dieser beiden Männer zueinander und Ralfs schredlichen Gesicht kannte, schweig sie.

„Unter gegen Gaurer — Diamant gegen Diamant! Das ist er wirklich, daß Ralf einer solchen Schandtat fähig war? Das er andere nach sich selbst beurteilen sollte, war nur ein Zeichen der menschlichen Schwäche. Vielleicht war er doch verrückt?“

„Ein normales Wesen benahm er sich nicht. Und doch fand sie ihm teils der Merkmale, das auf einen anormalen Menschen schließen ließ. Er war ein unüberwindliches Geheimnis. Sie hatte Geschichten über Verbrecher gelesen, die allen anderen Menschen übertragende Geistesgaben besaßen, sie jedoch nicht brauchten. Vielleicht war der Unheimliche einer von diesen. Sie sollte den Mann eher bemitleiden als verachten.“ Sie war froh, daß ihre Anstellungszeit dem Ende nahe war.

Nach dem Tee kamen einige Briefe und ein Paket für Elsa an. Sie legte die Briefe auf den Schreibtisch — denn er war ausgegangen — und das Paket daneben. Es war durch einen Boten zugestellt worden und war als „Major Amery, D. E.“ adressiert. Es war die erste Andeutung darüber, die sie erhielt, daß er den „Orden für ausgezeichneten Dienst“ befaßt. Sie nahm andauernd neue Dinge über ihn, und in diese Briefe verpackt, nahm sie eine Schere und zerschitt den Bindfaden des Pakets. Sie hatte das immer für den alten Mr. Amery gehalten und sie wurde nicht eher gewahr, was sie tat, als seine Stimme sie erschreckte und sie veranlaßte, sich umzudrehen. Amery stand in der Tür, die auf den Saal führte.

„Was, zum Teufel, tun Sie da?“ fragte er.

Sie wich vor seinen funkeln Augen zurück. Sein lehen war so drohend, sein Gesichtsausdruck so wild und seine Stimme so streng, daß sie erschrak.

„Wie oft habe ich Ihnen gesagt, meine Briefe nicht zu öffnen?“ rief er wütend.



# Der geplante Ausverkauf der KPD.

## Äußere Einzelheiten von den Verhandlungen - Die Lügen der „Roten Fahne“

Das Zentralorgan der KPD hat bisher alle Meldungen über den geplanten Verkauf des Parteieigentums der KPD an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hartnäckig als „alle Kamellen“ und „unheimliche Erfindungen“ bezeichnet. Inzwischen sind die „Geheimdirektoren“ der KPD, die Hände des Herrn Thälmann, Kimmle, Münzenberg, Jander, Herrmann in weitere Kreise gedrungen zu sein, und das Berliner „Tempo“ weiß darüber am Donnerstag die Einzelheiten zu berichten, denen wir folgendes entnehmen:

Wie weit das „Geheimdirektorium“ bei dem beabsichtigten Verkauf eigene Vorteile im Auge hatte, lassen wir dahingestellt. Tatsache ist aber: von der Anzahlung von zwei Millionen Mark sollte nur eine Million Mark durch die Bücher gehen, die andere sollte spurlos verschwinden. Vielleicht weiß der Kritiker Herr W. L. in Schöneberg, Hauptstraße 24, Welsch, in welcher Weise diese Million verteilt werden sollte. Herr W. L. nämlich der Vertrauensmann der Kommunistischen Zentrale und damit beauftragt, die Gebäude und Druckerien zu verkaufen.

Zunächst wurden Verhandlungen mit Deuten, die Eugenberg angeht, angebahnt. Eine Kommission reiste im Laufe umher und besichtigte die Druckeriegebäude und Gebäude. Die Verhandlungen waren noch nicht zum Abschluss gekommen - sie zerfielen sich später - da gelang Herr W. L. einen neuen Interessenten zu gewinnen in der Person des Kaufmanns Arthur Müller aus der Klosterstraße 2.

Auf Grund stichhaltigen Materials können wir bestimmt versichern, daß von den Verhandlungen zwischen Müller und der sozialdemokratischen Parteivorstand von Anfang an Kenntnis hatte. Es fanden zwischen den beiden Partnern Klärungen im Reichstag statt, die in den Büropapieren des Herrn W. L. in der Leipziger Straße 19, Berliner Lokalen und mehrmals im Café Fürstenhof veröffentlicht wurden.

Man einigte sich schließlich auf folgender Basis: Der Käufer sollte 8 1/2 Millionen für das gesamte Druckeriegeschäft zahlen, davon sollten 2 Millionen angezahlt werden. Um das Geschäft recht schmackhaft zu machen, garantierte die kommunistische Partei, in deren Besitz die Zeitungsverlage stehen sollten, Papieren und Druckaufträge in Höhe von jährlich 7 Millionen Mark für die Dauer von zehn Jahren. Auch die „Neuwag“, die kommunistische Interzentrale, sollte in den Besitz des Käufers übergehen. Für die Durchführung des Vertrages sollten die Geschäftsführer sämtlicher kommunistischer Verlage persönliche Garantie übernehmen. Dabei sollte der Käufer das Recht haben, Angestellte und Arbeiter nach seinem Belieben zu entlassen und zu ersetzen.

Daß es soweit nicht gekommen ist, ist nicht das Verdienst der kommunistischen Partei. Dadurch, daß die Kommunisten offensichtlich in den letzten Wochen auf ein Verbot ihrer Partei hinarbeiteten, wurden die Sozialdemokraten stutzig. Sie sagten sich, wenn wir das Geschäft machen, um die kommunistischen Druckerien in unsere Hand zu bekommen, wer garantiert uns für die Durchführung des auf zehn Jahre berechneten Lieferungsvertrages in Höhe von 70 Millionen Mark? Ist die kommunistische Partei erst einmal verboten, dann sind auch die Interzentrale ihrer Geschäftsführer keinen Pfifferling wert. Und so kam es denn im Laufe der vergangenen Wochen zum Abbruch der Verhandlungen.

Wird die „Rote Fahne“ im Namen des „Geheimdirektoriums“ der KPD, auch diese sachlichen Behauptungen „Tempo“ bestreiten? Sie mag sich weiterhin winden und wehren, sie mag weiterhin versuchen, Tatsachen durch unverträgliche Lügen aus der Welt zu schaffen: das letzte Wort in der Angelegenheit ist vorläufig noch nicht gesprochen. Daß die Sozialdemokratische Partei übrigens niemals ernsthaft daran gedacht hat, kommunistische Druckerien aufzukaufen, um kommunistische Zeitungen zu drucken, dürfte jeder vernünftige Mensch als selbstverständlich annehmen.

Berlin, 7. Februar. (Eigener Fundbericht.) Das kommunistische Zentralorgan hat angesichts der zahlreichen Feststellungen über den „Ausverkauf“ der KPD, nämlich die Sprache verloren. Es scheint sich aus seinen eigenen Lügen der letzten Tage selbst nicht mehr herauszufinden. Ebenfalls verächtlich die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Ausgabe auf jede eigene Stellungnahme zu dem geplanten Ramschgeschäft der kommunistischen Parteizentrale und läßt das Sekretariat dieser Zentrale in der Angelegenheit mit nichtsagenden Redensarten bzw. faulsticken Lügen aufmarschieren.

Alle Behauptungen über den großen Ramsch, das Angebot der Sozialdemokratischen Partei, die Ursachen dieses Angebotes und der Gang der Verhandlungen, versucht diese Zentrale mit der Erklärung abzutun, daß die KPD es heute selbstverständlich nicht mehr nötig hat, etwa festliegende Vermögenswerte der Partei, sei es in Druckerien oder Parteihäusern, flüssig zu machen, da derartige Werte abgestoßen worden sind, noch lange bevor die Regierung und Grenzinspektoren gegenwärtige Verbotshetze gegen die kommunistische Partei einleiteten.

Im Widerspruch zu dieser Behauptung stehen Dugende von Tatsachen, die zum Teil bereits heute bekannt sind, oder auf die in den nächsten Tagen noch eingegangen werden wird. Bis heute hat die KPD für ihre heruntergewirtschafteten und teilweise aus dem Konkurs stehenden Druckeriebetriebe weder einen Käufer gefunden, noch hat sich trotz aller Bemühungen bisher ein Konsortium aufreiben lassen, das der kommunistischen Partei mit einem größeren Kredit zu Hilfe gekommen wäre. Die im Zusammenhang mit den Verkaufsbahntenden der KPD, Zentrale von Eugenberg und anderen Kapitalisten, die in kommunistischen Druckerien haben zu Ergebnissen geführt, die es vorerst keinem Kaufmann oder Bankier, selbst bei den höchsten Zinsen haben rasam erscheinen lassen, in das herabgewirtschaftete kommunistische Geschäft höhere Mittel hineinzustecken. Wie es zugeht mit den Wirtschaftsbetrieben der KPD, stellt sich ihre Druckerie und Gebäude regelrecht zu veramschen, ergibt sich unter anderem auch aus der Veröffentlichung einer Berliner Lokalkorrespondenz. Ihr entnehmen wir:

„Die kommunistische Partei befindet sich finanziell in keiner der günstigsten Lagen. Sie besitzt in Berlin drei Grundstücke, ferner die Druckerie der „Roten Fahne“, während sie im Reich sechs eigene Druckerien unterhält, die allerdings technisch nicht als wirtschaftlich zu bezeichnen sind, da die Maschinenanlagen und die Gebäude nicht den Anforderungen entsprechen, die kaufmännisch rentable Betriebe gestellt werden müssen. Die kommunistische Partei hat deshalb den Entschluß gefaßt, die Selbstbewirtschaftung dieser Unternehmungen zum großen Teil zu liquidieren bzw. die Unternehmungen auf eine Basis zu stellen, die ihr selbst die Verantwortung gegenüber ihren Angehörigen und Arbeitern abnimmt. Die Zentralkomitee der KPD hatte durch Münzenberg und andere Beauftragte schon vor ungefähr vier Monaten Führer ausgesucht, um zu erfahren, ob Finanzkreise sich bereit finden würden, diese Umstellung vorzunehmen und die Gegenstände zu verkaufen.“

Die mißliche Lage aller kommunistischen Betriebe ist in erster Linie dadurch entstanden, daß in den Betrieben eine Wirtschaft betrieben worden ist, die sich selbst mit einer bedauerlichen Rentabilität unmöglich vereinbaren läßt. Es sollte deshalb ein Konsortium gefunden werden, das zunächst auf Grund hypo-

thetischer Sicherungen der kommunistischen Parteizentrale einen Bankkredit in Höhe von rund 500 000 Mark zur Verfügung stellt, da zahlreiche Verträge, Lieferungen usw. abgelöst werden müssen. Die Druckerien sollten in die Verwaltung des Finanzkonkordiums übergehen, dem außerdem das Eigentumsrecht an den Maschinen und sonstigen Anlagen übertragen werden sollte. Diese neu zu bildende Gesellschaft sollte mit der Zentrale der KPD, dann Verträge abschließen, nach welchen die kommunistischen Parteizentralen in Form des Rohdrucks durch die Zentralgesellschaft hergestellt werden sollten. Die Höhe der Löhne, die Verträge mit den leitenden Angestellten, sollten nicht mehr Sache der KPD, sondern des geplanten Konsortiums werden.“

Dem Zentralkomitee der KPD und der „Roten Fahne“ sind die vorstehenden Auslassungen und die detaillierten Angaben des „Tempo“ seit Donnerstag abend bekannt. Trotzdem nimmt weder die „Rote Fahne“ noch die kommunistische Parteizentrale zu den sachlichen Behauptungen der bürgerlichen Organe heute auch nur mit einem Worte launlich Stellung, ja, man veröffentlicht die in ihren Einzelheiten übereinstimmenden Behauptungen nicht einmal inhaltlich und unterschlägt den Lesern der kommunistischen Presse damit Dinge über tatsächliche Vorgänge innerhalb der KPD, und nicht von der Hand zu weisen die Verhältnisse der kommunistischen Parteizentrale, die heute in jeder deutschen Zeitung - nur nicht in der kommunistischen Presse - zu lesen sind.

Wenn es überhaupt noch eines Wahrheitsbeweises für die behaupteten Ramschabsichten der kommunistischen Parteizentrale bedürft hätte, so würde dieser Beweis durch die Schwindel- und Wanzentaktik der kommunistischen Parteizentrale und ihrer Presse nunmehr einwandfrei erbracht sein.

In den KPD-Betrieben gärt es. Das Personal ist unruhig geworden. Die Meldungen über einen Ausverkauf der KPD, die dieser Tage durch die Presse gingen und auf die bisher die Zentrale der kommunistischen Partei eine ernstzunehmende Antwort zu geben, sich nicht getraut hat, haben die Arbeiter und Angestellten in den KPD-Betrieben stutzig gemacht. Die Störungen bei der Auszahlung der Bezüge, die sich immer mehr häufen, sind Warnzeichen. Sie geben dem Personal zu denken.

Kein Wunder, wenn bereits im Betrieb der Berliner „Roten Fahne“ Streikbewegungen aufstiegen. Am letzten Sonnabend kam es zu einem solchen Streik. Nur mit Mühe und Not konnten die Leute mit einer Teillohnzahlung nach Hause geschickt werden. Am Montag, als der Streik nachgelassen werden sollte, knappte es wieder nicht. Wiederum hatte die Geschäftsleitung verlagert.

Die Geldverlegenheit der KPD-Betriebe ist nichts neues; neu ist nur, daß diese Geldverlegenheit seit einiger Zeit an verschiedenen Stellen einen für das Personal bedrohlichen Charakter angenommen hat. Das alles bedeutet aber vielleicht nur für die aufgeregten Mitarbeiter der KPD, eine Ueberraschung. Kritische Leute sind auf Grund der durch die Presse gegangenen und bisher nicht widerlegten Mitteilungen über eine geradezu unerhörte Mißwirtschaft in den Zeitungsbetrieben der KPD, hellhörig geworden. Daß diese Meldungen über die erschreckende Luderwirtschaft in den KPD-Betrieben von Deuten ausgehen, die die Dinge genauer kennen; weil sie infolge gewisser Finanzierungssaktionen Einblick gewonnen haben, ist leicht zu erraten.

Wer will es unter diesen Umständen dem Personal der KPD-Betriebe verdenken, wenn es zu rumoren beginnt? Was soll aus ihm werden, wenn eines Tages der ganze Ramsch der verfallenen KPD-Betriebe verputzt und zu Geld gemacht wird?

### Eine dumme Frage der Wirtschaftspartei

Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat zu dem geplanten Ramsch der KPD, im preussischen Landtag eine Kleine Anfrage eingebracht, in der um Auskunft darüber gebeten wird, ob die bisher über diesen Ramsch aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen. Wörtlich heißt es dann:

„Wie war es möglich, daß eine Partei, die in den Regierungen des Reiches und Preußens sitzt, daran denken konnte, Millionenbeträge den kommunistischen Organisationen zuzuführen, die mit Sicherheit zur weiteren Verschärfung der von diesen betriebenen Heßkampagne verwendet worden wären.“

Diese Sorgen, wie oft sollen wir betonen, daß die Sozialdemokratie weder daran gedacht hat, Druckerien zu kaufen, um kommunistische Zeitungen zu drucken, noch daran, jemals der KPD für fünfzigwede Millionenbeträge in die Hand zu geben. Was die SPD erwünscht und gewollt hat, ist erreicht und darüber wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen noch einiges gesagt werden.

## Die Schande der Soldateska

### Interessante Auslagen im Jornsprozeß

Im Jornsprozeß traten am Donnerstag Georg Ledebour und Rechtsanwalt Alsherg, Oberst a. D. Reinhardt und Staatsanwalt Orthmann als Zeugen auf.

Der heimliche achtjährige Ledebour wird von dem Vorsitzenden immer wieder unterbrochen: „Das wollen wir nicht hören; das interessiert uns hier nicht.“ Temperamentvoll lehnt sich Ledebour deshalb immer wieder dagegen auf, daß man ihm das Wort beschneidet. Er war damals Obmann einer Kommission, die mit der Regierungspartei wegen eines Ausgleiches verhandeln sollte. Aber noch ehe diese Verhandlung zustandekam, wurde er - es war in der Nacht vom 10. auf den 11. Januar 1919 - von Soldaten ohne einen Haftbefehl festgenommen und zuerst in das Kronprinzenpalais, dann in die Militärarrestanstalt an der Lehrter Straße gebracht. Hinterher hat Ledebour erfahren, daß die Offiziere des Transportes beabsichtigten, ihn erschlagen zu lassen, daß die Mannschaften aber diesem Befehl nicht nachgegeben sind. Fünf Monate hat er in strenger Einzelhaft gesessen. Beim Spaziergang auf dem Hof sah er einmal, wie ein Soldat sein Gewehr anlegte und in ein Fenster schob. Als er ihm das verwies, erklärte er, ein Gefangener habe sich am Fenster gezeigt. Tatsächlich ist ein Einschub am Fenster festgestellt worden. Ein Wärter warnte Ledebour, einen verbotenen Hof zu betreten, mit den Worten: „Tun Sie das nicht, sonst könnte eine Handgranate aus dem Fenster fliegen und hinterher ist es niemand gewesen.“ Zu der Frau Ledebours, die ihn täglich mit Nahrung versorgte, sagte der Kommandant des Gefängnisses: „Ich kann mich hier für das Leben Ihres Mannes nicht verbürgen. Ich habe mehrmals bei der Staatsanwaltschaft deswegen angeklagt, aber umsonst.“ Kurz darauf sei dieser menschenfreundliche Kommandant zur Disposition gestellt worden.

Der damalige Berliner Stadtkommandant, ein maßvoller, sehr bestimmt auftretender Offizier in Zivil, heißt sich, nach seinem Personalakt befragt, vor als Reinhardt, königlich preussischer Oberst a. D. Während er im bramarbasierendem Ton schilt, wie er, um Berlin vor den Matrosen zu retten, sein ehemaliges Regiment zusammengetrommelt und sich zum Herrn der Situation gemacht habe, ruft der Zeuge Ledebour immer wieder erregt dazwischen: „Unfinn!“ und „Das ist nicht wahr!“ - bis ihm der Vorsitzende das verbieter. Die Militärarrestanstalt, erklärt Reinhardt, war mein Gefängnis. Er habe alles, was ihm „unordentlich“ schien, da hineingeworfen. Ich habe mich nicht dreinreden lassen! „Aber viele der in den Arrestanstalt mir auch von der Regierung nicht.“ Die Zustände seien schrecklich unerträglich geworden. 4500 Mann hätten, zu fünf und sechs in einer Zelle, im Gefängnis gelegen. Aber das habe ihn alles nicht gehindert, für die Offiziere Extravergünstigungen anzuordnen. Auf die Frage eines Beiführers:

„Es kam doch trotz der Uebertretung vor, daß ein Gefangener eine Einzelzelle bekam, zum Beispiel Georg Ledebour?“, antwortete er, ohne zu ahnen, daß Ledebour hinter ihm laßt: „Ledebour war ein ganz alter Herr - ich wollte sagen: ein ganz alter Mann - auf den mußte besondere Rücksicht genommen werden; er wurde besser behandelt.“ (Heiterkeit.) Wenn mir von der Division Vorschläge zur Änderung gemacht worden wären, hätte ich diese berücksichtigt. Auch auf Weisungen des Kriegsministers würde ich geachtet haben.“

In den Befundungen des Staatsanwalts Orthmann, der an den mehr als hundertfachen Methoden des Jorns nicht das geringste aussuchen fand, sondern stets ein Herz und eine Seele mit ihm war - was hinterher das Mißtrauen Otto Landsbergs in die Zivilgerichtsbarkeit glänzend rechtfertigt - ist nur von Interesse, daß er „bei der kurzen Verurteilung von Vernehmung des Jorns nicht zugegen war“, während er sonst fast stets zugezogen wurde und er sich über die Begründung des Haftbefehles gegen Vogel mit „Wahvergehen“ wunderte. Ganz reinwaschen kann auch dieser Beamte seinen Kollegen Jorns nicht.

Schwer befaßt wird Jorns dagegen durch Rechtsanwalt Alsherg, dem zugemutet worden war, zugleich mit den Liebtschicht-Mördern auch die Mörder der Rosa Luxemburg und zuletzt gar noch Kunge mit zu verteilen. „Das war so ungewöhnlich, daß ich zu meinem Kollegen Grünwald sagte: Wenn daraus nur keine Schweinereien entstehen“, und die Verteilung niederlegte. Er hat natürlich sofort durchgesehen, daß die beiden Mörder, die am selben Abend, fast zur selben Stunde, von demselben Ort aus unternommen wurden, in einem inneren Zusammenhang standen. Einzig Herr Jorns hat das nicht bemerkt. Er behauptet auch heute noch, er sei nicht davon überzeugt, daß Hauptmann Pabst ihm gegenüber die Unwahrheit gesagt habe!

## Die KPD. und der Mörder Bessels

Der Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium hat gegen den Arbeiter Albrecht Höfeler alias Al wegen des Verdachts des verübten Totschlages Haftbefehl erlassen.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt ferner mit, daß die Vernehmungen der in der Affäre Höfeler-Mi verhafteten Kommunisten die bisherigen Feststellungen der politischen Polizei vollstaus bestätigt haben. Der kommunistische Interzentralführer Sander hat z. B. gestanden, daß Höfeler seit dem Tage nach dem Attentat auf den Studenten Bessel in seiner Wohnung verborgen gehalten wurde und schließlich der acht Tage nach der Bluttat stattgefundenen Abschiedsfeier für Höfeler sogar eine Photographie gemacht worden sei.

## Herr Fried an der Arbeit

In der neuen Thüringischen Regierung, die kaum vierzehn Tage am Ruder ist, scheint es bereits zu knistern. Es scheint zu knistern dank der Tätigkeit des Burschens Fried, jenes Nationalsozialisten aus Bayern, der nur mit Hilfe der Deutschen Volkspartei die Würde eines Thüringischen Innenministers erlangen konnte.

Dieser Bursch Fried hat zwar die vor seiner Wahl zum Minister tagelänglich von ihm bejubelte Verfassung von Weimar unterschrieben und sich zu den in Thüringischen Landtag auch ohne ihn beschlossenen Gesetzen bekannt, aber in der Praxis tut er als ob weder das eine noch das andere wahr wäre. Er „regiert“, wie es ihm paßt nach dem Weisheit eines kleinen bairischen „Oberamtmannes“, der er vor seiner Berufung nach Thüringen war. Die völksparteiliche Presse heult bereits auf, spricht wie z. B. die „Königliche Zeitung“ in einem Telegramm aus Weimar von einer „Rebenregierung“, die Fried durch die Weimarer wibbeler Nationalsozialisten in das Reichsministerium zu etablieren gedenkt und gibt schließlich Erwartung Ausdruck, daß Fried ein derartiges „Regiment“ diktatorischer parteipolitischer Maßnahmen „auf längere Sicht“ nicht ermöglicht wird.

So die völksparteiliche Presse. Was aber tut die völksparteiliche Fraktion des Thüringischen Landtags? Vor allem aber, was gedenkt der Vorstand der Deutschen Volkspartei zu tun, um seine Politik und die Reichsminister der Volkspartei nicht länger von völksparteilichen Nationalsozialisten desavouieren zu lassen?

## Mecklenburg-Strelitz und Preußen

### Der Anschluß ist notwendig

#### Neustrelitz, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In der Donnerstag-Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Strelitz äußerte sich der sozialdemokratische Staatsminister Dr. von Reibnitz zu der Frage eines eventuellen Anschlusses von Mecklenburg-Strelitz an Preußen.

Der Minister führte u. a. aus, die Staatsregierung habe immer wieder zu prüfen, ob Mecklenburg-Strelitz noch die Fähigkeit zur Erhaltung seiner eigenstaatlichen Existenz besitze. Nach Fertigstellung des Etats für 1930 sei sie jedoch zu der Einsicht gekommen, daß die natürliche Entwicklung die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Landes nicht mehr gestatte und es daher geboten erscheine, die Entscheidung des Landtages zu möglichst baldigen Anschlußverhandlungen einzuholen. Es müßte Aufgabe der Regierung sein, den Anschluß zum richtigen Augenblick anzubahnen, und zwar müßte das zu einer Zeit geschehen, wo das Vermögen des Freistaates noch so beträchtlich sei, daß es eine starke Verhandlungsbasis garantiere. Mecklenburg-Strelitz müsse seinen Einwohnern in der Form eines Zweckverbandes seiner Gebiete erhalten bleiben. Bei Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Landes müßten durchschnittlich im Jahre zwei Millionen Mark Anleihen aufgenommen werden. Das bedeute eine immer mehr wachsende Verschuldung des Landes. Die bisher mit Preußen geführten Anschlußverhandlungen hätten nur inoffizielle Charakter getragen und eine unverbindliche Fühlungnahme bezweckt.

## Allgemeine Amnestie in Spanien

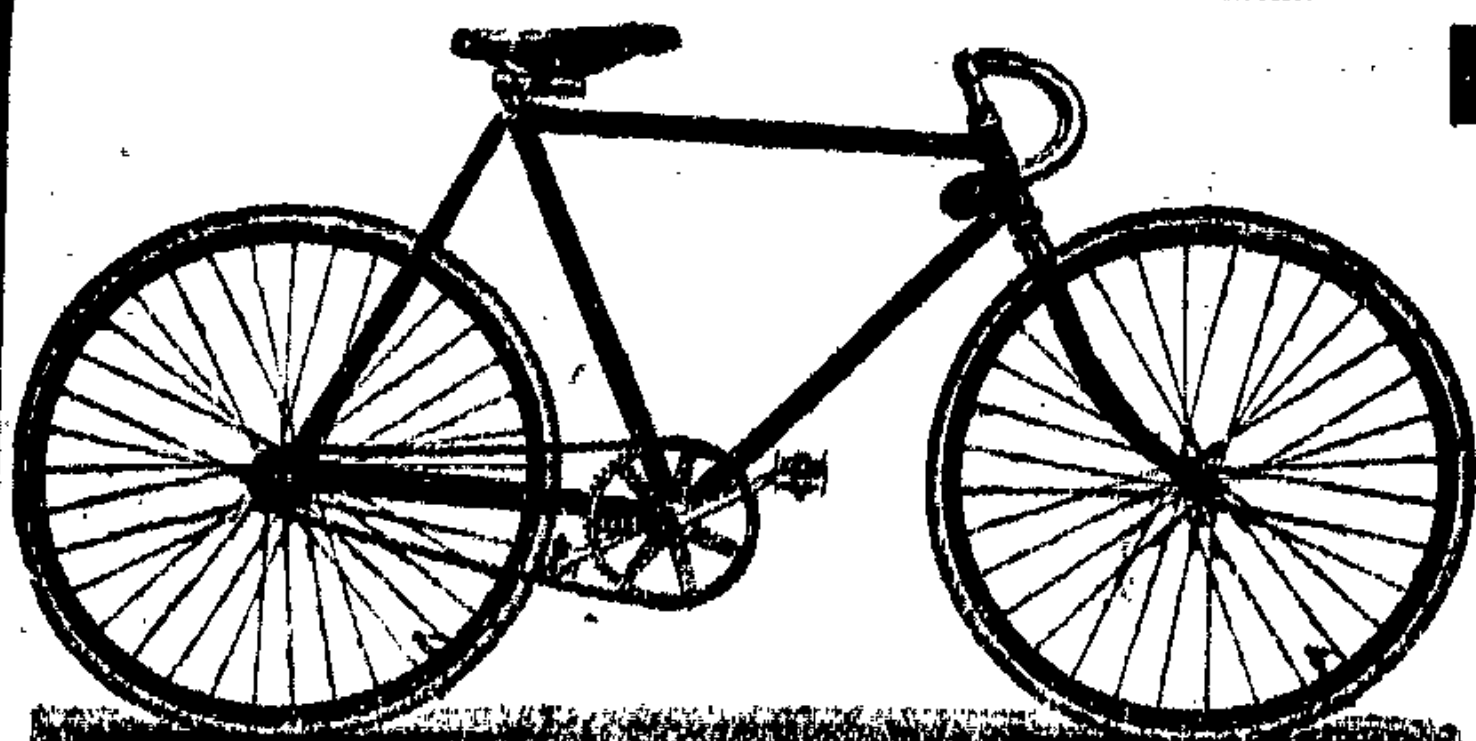
### Madrid, 7. Februar. (Eig. Fundbericht.)

Der König hat am Donnerstag eine allgemeine Amnestie erlassen, durch die annähernd 5000 Militär- und 1000 Zivilpersonen auf freien Fuß gesetzt werden. Insbesondere wurden alle Personen hinfestlassen, die an den Aufständen der letzten Jahre gegen das Regiment des Diktators Primo de Rivera beteiligt waren und deshalb hinter Schloß und Riegel gesessen worden waren.

Die spanische Regierung hat am Donnerstag beschlossen, möglichst schnell eine großzügige Verwaltungsreform durchzuführen. Opfer dieser Aktion sollen bis auf die Gouverneure von Madrid und Barcelona sämtliche Gouverneure zu je zwei im Amt befindlichen Zivilgouverneure sein.

Inzwischen beginnen sich die politischen Parteien zu organisieren. Der katalanische Unabhängigkeitsführer Cambó und Graf Martera wollen eine „Nationalkonservative Partei“, der ehemalige Ministerpräsident Gallardo will eine rein moralistische Partei, der ehemalige Ministerpräsident Sanchez Guerra eine „Nationalliberale Partei“ gründen. Graf Romanones und San Diego Alca wollen eine „Linksbürgerliche liberale Partei“ ins Leben rufen. Primo de Rivera endlich will die Patriotenbünde zu einer Partei umgestalten. Schließlich sei noch erwähnt, daß eine Anzahl Schriftsteller und Intellektuelle sich bemühen, eine „angebotliche“ Arbeiterpartei auf die Beine zu stellen. Sie sind jedoch auf energischen Widerstand der spanischen Sozialdemokraten gestoßen.





# Das Breslauer 6 Tage-Rennen

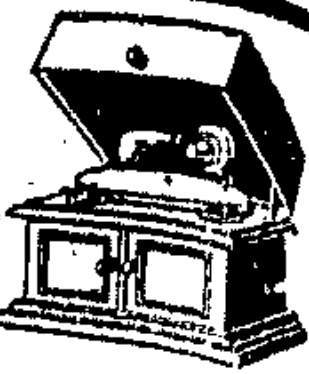
und die Geschäfts-Eröffnung des **Fahrradhaus Ost** Klosterstraße 17 sind das Stadtgespräch aller Radsportfreunde

## Das Rennen nach Klosterstraße 17

beginnt heute Freitag, den 7. Februar

und erreicht seinen Höhepunkt **nachmittags 3 Uhr**, zu welcher Zeit die Eröffnung des Fahrradhaus Ost erfolgt. Billige Preise und reelle Bedienung soll die vornehmste Aufgabe dieses neuen Unternehmens sein. Das Fahrradhaus Ost ist das erste Serien-Fahrradhaus in Deutschland. Die Preise für Fahrräder sind etwa folgende:

**38<sup>50</sup> 48<sup>50</sup> 58<sup>50</sup> 68<sup>50</sup> 78<sup>50</sup> 88<sup>50</sup> 98<sup>50</sup> 108<sup>50</sup>**



**Sprechapparate**  
in allen Ausführungen  
zu sehr billigen Preisen  
**Schallplatten**  
stets  
die neuesten Schallplatten  
**Fahrradteile**  
zu Spottpreisen  
nur Klosterstr. 17

### Stadt-Theater

(Opernhaus)  
Freitag  
10,30 bis gegen 23 Uhr:  
Abonn.-Vorstellung C 12  
Taubhäuser und der  
Südkrieg auf Wartburg.  
Sonntag  
20 bis gegen 23 Uhr:  
In Neutüchtigkeit  
**Der Wildschütz.**  
Sonntag  
18 bis 17,45 Uhr:  
Nachmittag-Vorstellung  
zu ermäßigten Preisen  
Zar und Zimmermann.  
20 bis nach 22,30 Uhr  
**Das Rheingold.**

### Lobe-Theater

Telefon 56747  
Täglich 20,15 Uhr:  
**Judith**  
Sonntag, Sonntag,  
20,15 Uhr,  
Sonntag auch 15,30:  
... Vater sein  
dagegen sehr!

### Thalia-Theater

Telefon 56747  
Täglich 20,15 Uhr:  
Die Dreigroschenoper  
Sonntag 18,30 Uhr:  
**Trojaner.**

### Schauspielhaus

Operationstheater  
Feinsprecher 36300  
Heute 8 Uhr:  
**Premiere**  
**Der Weiterfolg**  
**Das Land**  
**des Lächelns**

### Schauspielhaus

Operette v. Franz Lehár  
In der  
Sensationsbesetzung  
Kammersänger  
Serge Abranovic  
Eni Jolan  
Trade Reiter  
Sonntag u. tägl. 8 U.

### Schauspielhaus

mit Kammersänger  
Serge Abranovic  
Eni Jolan  
Trade Reiter  
Sensung miting 2 Uhr:  
**Rübezahl**  
Nachm. 4 1/2 Uhr:  
**Der Bettelstudent.**

### Circus Busch

Schau-Arena  
Heute ringen:  
Akrens - Vlask  
Pohlfuß - Arosul  
van Derk - Kämpfer  
Emonds - Weiser  
Vorher: **Varieté.**

### Partikulare

Kraftig Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
sich die  
**Volkswacht**

## LIEBICH

Die Sensation des Abends ist

### Helmut Lichterfeld

8 Uhr Abendblatt.

Eine Glanznummer des Programms

### Salerno

Tagespost.

### André Renaud

mit seinem Jazz auf zwei Flügeln u.  
seiner interessanten Erscheinung  
der erklärte Liebling der Frauen

Breslauer Neueste Nachrichten.

### Georg Narow Co.

die lustigen Radfahrer, können einen großen  
Heiterkeitserfolg buchen. Schles. Zeitung.

### Staunen, Lachen, Bewunderung

mit allabendlich 8 Uhr unser

### Varieté - Programm der Extraklasse

hervor.

### Der Wahre Jacob

Preis 30 Pf  
Sozialdemokratisches Witzblatt  
Zu haben in den Volkswacht-  
Buchhandlungen und bei den  
Zeitungsträgern

### Bettfedern

Dauen - Inlets 10507  
Beste, reellste Qualität  
Bettenspezialgeschäft

**B. Herzig, Matthiasstr. 100**  
am Waterlooplatz.

### Warburg-Lichtspiele

Grübchenstraße 94a

482

Nur bis Montag!

Zwei selten schöne Filme!

**Brigitte Helm** u. **Franz Lederer** in:

„Die wunderbare Lüge der Niva Petrowna“  
**Liebesfreund - Liebesleid**

Ferner Evelyn Hoff in:

**1 Mädel und 3 Clowns**

(Drei Zirkuskönige)

Sonntag, 15 Uhr: Große Kindervorstellung

Der gr. Wild-Westfilm: **1000 Mk. Belohnung**  
und Grotoske.

## EDEN

Theater Nikolaistraße 27

### Achtung Breslauer!

Solch ein Programm kann Euch nicht  
jede Woche geboten werden!

Premiere

### Weibergeschichten des Kapitain Lash

Das beste Sensations-Lustspiel, das je über  
die Leinwand lief.

In der Hauptrolle:

**Victor Mc. Laglen**

ein Karl, so recht nach dem Herzen der  
Eden-Gemeinde.

**Amny Ondra**

Sigfried Arno, Werner Fautterer  
in dem prächtigen, übermütigen Lustspiel

### Das Mädel mit der Peltsche

Vorstellungen: Wochentags ab 5, 7 und 9 Uhr,  
Sonntags ab 3, 5, 7 und 9 Uhr.

### WELT-BÜHNE

Friedrich-Wilhelm-Straße 35  
Wo. 6 So. 3 Letzte Vorstellung 8 1/2

### ASTORIA PALAST

Fürstenastraße 3  
Wo. 5 So. 3 Letzte Vorstellung 8 1/2

# Die weisse Hölle vom Pzkalu

GUSTAV DIERSI-LENI RIEFENSTAL-ERNST PETERSEN

Der Film, von dem ganz Breslau spricht!

Ein Film, wie ihn Menschaugen  
vorher niemals sahen.

Der schönste, groß-  
artigste und ergrei-  
fendste Hoch-  
gebirgsfilm

Von grandioser  
Schönheit,

von unerhörter  
Wucht,

von atembe-  
klemmender  
Spannung.

Wochentags: **Die Grubensängerin**  
7 Akte mit Xenia Deani, Siegf. Arno  
Ferner: **Die Grubensängerin**  
und **Das Mädchen**  
7 Akte von sprudelndem Humor

Kauft bei **Ikenberg**, dort  
werdet Ihr gut und höflich bedient

# Arbeitslose

kauft bei uns

Wir geben Euch bis Ende Februar

# 15% Rabatt

gegen Vorzeigen der Arbeitslosenkarte. Zu  
was für billigen Preisen Ihr bei uns kaufen  
könnt, zeigen unsere 14 Schaufenster in der  
Gartenstraße 103 und Matthiasstraße 165/167

## Kaufhaus

# Albert Ikenberg

I. Geschäft:

**Gartenstraße 103** Parterre u. 1. Stock  
am Hauptbahnhof.

II. Geschäft:

**Matthiasstr. 165/167** Ecke  
Kospothstr.

Verbindung mit sämtlichen Straßenbahnen.

## Zentral

THEATER-WESTEND-STR. 50-52

Bis Donnerstag, den 13. Februar

2 Schlager, von denen

ganz Breslau spricht

**Henny Porten**

in ihrem besten Film

**Mutterliebe**

Ferner:

**Die tadellose Herrenpartie**

8 Akte mit

**Paudler - Rilla**

**Kampers - Ploha**

Jedes weitere Wort des Lobes  
über dieses herrliche Programm  
erbringt sich.

### Billiger Fleischverkauf!

Schweinefleisch	.....	Pfd. von Mk. 1.00 an
Schweinefleisch	.....	Pfd. von Mk. 1.20 an
Schweinefleisch	.....	Pfd. von Mk. 1.40 an
Rindfleisch ohne Knochen	.....	Pfd. von Mk. 1.00 an
Schweinefleisch	.....	Pfd. von Mk. 0.80 an
Kalbsteck mit Knochen	.....	1.20 an, ohne Knochen Pfd. v. 1.40 an
Rindfleisch Pfd. v. 1.40 an, Pökelfleisch Pfd. v. 1.30 an	.....	
Frischer Speck Pfd. 1.00 - 1.10, Lungenfett Pfd. 0.80	.....	
Reines Schweinefett und Griebeseifl. Pfd. Mk. 0.90	.....	
Gulasch Pfd. v. Mk. 0.80 an, Schafteifl. Pfd. v. Mk. 0.80 an	.....	
Gulasch (deutsch) Pfd. Mk. 1.10 - 1.20	.....	
Gulasch (polnisch) Pfd. Mk. 0.85	.....	
Leberkäse u. roher Schinken Pfd. Mk. 0.80	.....	
Preiskopf u. Morwideln Pfd. Mk. 0.80	.....	
Mattwurst Pfd. Mk. 0.90 - 0.40	.....	
Braunschweiger Pfd. Mk. 0.25 - 0.35	.....	
Leberwurst Pfd. Mk. 0.15 - 0.40	.....	
Polnische Pfd. 0.90 - 1.20, Knoblauchwurst Pfd. 0.70 - 1.00	.....	
fr. Aufschnitt Pfd. Mk. 0.45	.....	
Geräucherter Brauwurst Pfd. Mk. 0.20 an	.....	
Gepökelte Elbeins Pfd. Mk. 1.10	.....	

**Adolf Weiss** Marktstr. 13  
Fernruf 256 69

## Trad-

Schweidnitzer Str. Tel. 7018

### Leihweise

Smoking u. Gehrock angelehnt  
Stapphüte u. Dienerkleider

### Kleine Anzeigen

Sind Komplex geteilt  
ipaltige Anlagen von Wert  
kaufen, Kaufschreiben u. a.  
nur von Privatpersonen  
3 Wennige, fest 4 Wennige

25 Zentner gute Speck-  
taffel abzugeben, für 100  
zu erfragen bei Fr. 20-21  
Breslau 10, Vorderbleiche 1

1 für Heller Kleider-  
Beitelle mit Wollstoff,  
offen, Gaststube  
Puppenwagen, Puppen-  
zu verkaufen Heibstr. 10,  
1. Egl. links.

### 3a der Boiswag haben Stellen-Angebote

Infolge ihrer großen Ber-  
breitung in Arbeiter-  
treiben helfen  
Erfolg



# Breslaus Wirtschaftsnot im Stadtparlament

## Einführung der unbesoldeten Stadträte — Um die Pflichtarbeit der Erwerbslosen — Zentrum stimmt gegen unseren Antrag — Neue Stilllegung von Betrieben in Breslau — Große Not-Debatte Sozialdemokratie beantragt Schulentlassungsbeileidung

Die gestrige Sitzung begann mit der Verpflichtung der neuwählten unbesoldeten Stadträte und der Einführung der neuen Stadträte. Das feierliche Zeremoniell des feierlichen Aktes beruht darin, daß nunmehr drei Sozialdemokraten weniger im Magistrat sitzen, während die Deutschnationalen mit freundlicher Hilfe der Kommunisten zugenommen ist, die Herren von Eichhorn, Sablowski und Bergmann in den Magistrat zu entsenden. Nun kann es uns in Breslau an nichts mehr fehlen. Bankier v. Eichhorn bringt überhändlich das nötige Geld zur Beileidung der Breslauer Finanznot mit. Und wenn Herr Sablowski das Dezeretat überverwalten sollte, erhalten alle gratis eine Badehose. Die Einführung war Herr Sablowski in großer Kriegsbemalung im schwarzen Rock erschienen. Und Herr Bergmann kann vielleicht das Jugendamt übertragen, damit die Jugend den rechten Gesang und Gebet zum Herrn erteilt wird. Ich, wir werden glücklich! War es auffallend, wie die Deutschnationalen freimütig den Eid auf die Reichsverfassung mit dem Farben Schwarz-Rot-Gold geleistet haben, so mußte ganz anders auffallen, daß Herr Bergmann zum ersten Male in seinem Leben den Namen Gottes nicht unnützlich anrief. Vor Gericht er selbst um einen Hosenknopf nur bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden Schwören, der preussische Staatsdiener und der Eid auf die Reichsverfassung sind jedoch in weltlicher Art zu leisten. Herr Bergmann muß aber wissen, daß dieser Hosenknopf nicht gut ist.

Die Not der Stadt äußert sich in der Dürftigkeit der Finanzen, unter denen sich keine von großer Bedeutung befinden werden. Insofern überhand nur alle drei Wochen abgeordnete Versammlungen stattfinden, denn kein Geld da ist, sind auch keine großen Projekte zu befehlen.

Die Schließung Breslauer Betriebe, neuerdings die Zigarettenfabrik von G. Stein-Halpaus geschlossen werden, veranlaßt unsere Fraktion zu einem Vorstoß. Genosse Krumm vertrat einen Dringlichkeitsantrag, wonach die bürgerlichen Körperschaften von der Reichs- und Landesregierung verlangen, alle zur Verfügung stehenden Druckmittel anzuwenden, der Schließung von Industriebetrieben in Breslau entgegenzuwirken. Er verlangt, daß die Regierungen Aufträge nach Breslau geben und, im Hinblick auf die Verhältnisse in der Textilindustrie, daß keine Steuererhöhungen an den Gemächern werden, die ohne Rücksicht auf die Not unserer Bevölkerung in Profitinteresse ihre Betriebe vom Orte weg verlegen. Der sozialdemokratische Antrag fand bei allen Parteien auch beim Magistrat lebhaften Unterstützung.

Diese moralische Unterstützung ist natürlich für die von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeiterschaft nicht ohne Wert, aber sie ist nichts. Wenn es etwas kosten könnte, da hört die Solidarität der bürgerlichen Parteien mit den Notleidenden auf. Genosse Krumm fand gestern im Plenum die Gelegenheit, wiederum für Herabsetzung der Pflichtarbeiterstellen auf 100 unter Erhöhung der Stellen für tariflich bezahlte Notleidende einzutreten. Die bürgerlichen Parteien lehnten das ab, wie vorher im Ausschuss ab. Nur ein kleiner Erfolg war zu erzielen, insofern, als den weit von der Stadt beschickten Pflichtarbeitern künftig Jahrgelgenheit gestellt werden soll.

Die Sitzung wurde kurz nach 17 Uhr von Stadtverordnetenführer Bandmann eröffnet. Nach Verpflichtung einiger neuer Stadträte durch den Oberbürgermeister Dr. Wagner erfolgte die

### Einführung und Verpflichtung der in der vorigen Versammlung gewählten 18 unbesoldeten Stadträte.

einer kurzen Ansprache an die Gewählten wies der Oberbürgermeister Dr. Wagner auf die Bedeutung der höchsten in der Stadt zu vergebenden Ehrenämter hin. Gewiß könne zu einer Zeit, da die Stadt das bittere Brot der Armut verzehren müsse, viel Unstreu aufkommen, aber trotzdem dürfe die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß die Stadt doch recht bald über die Selbstverwaltung erhält, die sie jetzt nicht hat. Er vertritt hierauf die wiedergewählten Magistratsmitglieder durch den Magistrat und nahm den neugewählten Stadträten Scholz, Daum, Sablowski, von Eichhorn und Bergmann den Eid auf die Reichsverfassung ab.

Für den aus dem Vorstand der Versammlung ausgeschiedenen Stadtr. Daumann wurde Stadtr. Dr. Soffinka (Ztr.) als Nachfolger gewählt. Ohne Widerspruch erfolgten auch die Erwerbungen in die Ausschüsse, die durch das Ausscheiden der Stadträte gewählten Stadtverordneten erforderlich wurden. Bei der sich anschließenden

### Beratung kleinerer Vorlagen

stimme die Versammlung zu der Verstärkung der Planmittel für die Anstalten des Wohlfahrtsamtes um 136 500 Mark, der Einstellung der Kosten von 470 000 Mark für die Herrichtung des Obdachlosenheimes Magazinstraße in die Haushaltspläne von 1930 bis 1933, der Auflösung der Kommission zur Verteilung der Mittel zur Förderung beruflicher Volks- und Fortbildungsschüler, dem Erwerb von Straßenland an der Gräblicher und

Groß-Mohrberner Straße, der vorzuzugewiesenen Bedeckung einer Restschuld des Gutes Maffelwitz, dem Austausch einer Porzelle in Schmiedefeld mit der Reichsbahn, der Instandsetzung der Brunnenanlage der Schule in Herrnhut, der Mietung eines Geschäftszimmers für die gewerbliche Berufsschule V, der Verpachtung einer Bromadenfläche an die Konditorei Hundel & Appel und der Verklärung des Haushaltsplanes für die Wasserwerk: um 131 800 Mark.

## Lebhafte Debatte über die Pflichtarbeit

Zu einer großen Debatte, bei der besonders das Zentrum seine ungeliebte Arbeiter- und besonders Erwerbslosenfeindlichkeit offenbarte, kam es bei der Beratung eines kommunistischen Antrages über die Einstellung der Zuweisung von Pflichtarbeit, der seinerzeit in den Ausschuss überwiesen worden war. Stadtr. Dr. Wolf (Ztr.) empfahl als Berichterstatter des Ausschusses den Antrag abzulehnen. Die Pflichtarbeit sei die einzige Möglichkeit, unter den vom Wohlfahrtsamt betreuten ausgebeuteten Erwerbslosen eine Scheidung der Bedürftigen von den Trägern vorzunehmen. Die gleichfalls beantragte Neuregelung der Löhne für die Bürohilfsarbeiter sei durch die Eingruppierung in die Gruppe 3 des Tarifvertrages für die Verwaltungsangestellten erfolgt.

es sich verschiedentlich gezeigt, daß verschiedene Verwaltungen auf diese Art ihre laufenden normalen Arbeiten erledigen lassen, für die sie Tarifangestellte beschäftigen müßten. Diese Mängel müßten sofort ausgemerzt werden.

Stadtrat Tilsner verteidigte die Pflichtarbeiterbeschäftigung, denn nur dadurch sei es möglich, Arbeitsunwillige und Unterstützungsempfänger, die „schwarz arbeiten“, zu ermitteln. Das Bereitstellen von Jahrgelgenheit habe sich nicht bewährt. Stadtr. Uebel (Komm.) bemängelt das Fehlen der unbedingt erforderlichen hygienischen und sanitären Einrichtungen auf den Pflichtarbeiterstellen und verglich diese Beschäftigung mit Straflingsarbeit. Stadtr. Genosse Tilsch (Soz.) widersprach nochmals den Einwendungen des Dezerentens des Wohlfahrtsamtes. Die Sozialdemokraten beabsichtigen keine Schädigung der Jugendlichen. Wenn 100 Pflichtarbeiterstellen in Wegfall kommen und dafür 100 tariflich zu bezahlende Jahrgelgenstellen neu geschaffen werden, so rechtfertigt das gewiß den Ausfall von fünfzig Pflichtarbeiterstellen.

Stadtr. Jalla (Komm.) bezeichnete die Pflichtarbeit als moderne Sklaverei und bemängelte die Schlechterstellung der ledigen Bürohilfsarbeiter durch die neue Eingruppierung.

Sozialdemokratischer Antrag  
In längeren Ausführungen begründete hierauf Stadtr. Genosse Tilsch (Soz.) folgenden Antrag:

„Die Zahl der Pflichtarbeiter wird auf hundert herabgesetzt, dafür wird die Zahl der tariflich entlohnten Jahrgelgenarbeiter um hundert erhöht. Für die in den Vororten arbeitenden Pflichtarbeiter ist Jahrgelgenheit zu stellen.“

Stadtr. Dr. Wolf (Ztr.) verbittet sich im Namen der Zentrumsarbeitervertreter, die Einmischung in die zentralistischen Auffassungen über soziale Fürsorge. Da getrennte

### Abstimmung

verlesen wurde, lehnte die Versammlung zunächst den kommunistischen Antrag ab. Die Beschränkung der Pflichtarbeit auf 100 Stellen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Zwei christliche Gewerkschafter vom Zentrum und die demokratische Gewerkschaftsangehörige stimmten für den sozialdemokratischen Antrag. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der Antrag, 100 Jahrgelgenarbeiter zu beschäftigen, abgelehnt. Die Abstimmung war ein Schulbeispiel für die Arbeitnehmerschwärze, die beim Zentrum und den Demokraten ihre Vertreter vertreten glauben. Weil die Arbeitervertreter wußten, daß die ablehnende Mehrheit gesichert ist, auch wenn sie anders stimmen, heuchelten sie Arbeitereindringlichkeit. Auf die Zurufe der Sozialdemokraten bemerkten die Stadtr. Wolf und Wolf von den Demokraten und vom Zentrum lächelnd, daß eben bei ihnen kein unmoralischer Fraktionszwang herrsche.

Genosse Tilsch erklärte, daß er diesen Antrag bereits im Ausschuss gestellt habe, wo er aber von der gesamten Front der Bürgerlichen abgelehnt worden ist. Stadtrat Uebel habe ausdrücklich erklärt, daß hundert Pflichtarbeiterstellen genügen, um die zu erfüllen, die damit erfüllt werden sollen. Für die zu freizumachenden hundert Pflichtarbeiterplätze sollen hundert Jahrgelgenarbeiter bei tarifmäßiger Entlohnung beschäftigt werden. Bei der Entlohnung, die neben der Unterstützung 8,40 Mark in der Woche beträgt, könne es den Pflichtarbeitern nicht noch zugemutet werden, bis nach Maffelwitz zu laufen.

### Au die Adresse des Zentrums

stellte Genosse Tilsch die Frage, ob man bei dem Eintreten für die Pflichtarbeiter an den Arbeiter- oder an den Handwerkerlöhne gedacht habe. Für den letzteren bedeutet ein 20-prozentiger Lohn an die Pflichtarbeiter herab, denn damit läßt sich auf die eigenen Arbeiter entsprechend einwirken.

Die Jahrgelgenheit für die Pflichtarbeiter wurde beschlossen.

## Die sterbende Industrie in Breslau

Die immer stärker in Erscheinung tretende Wirtschaftskrise veranlaßt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen:

Die städtischen Körperschaften ersuchen Reichs- und Landesregierung, alle zur Verfügung stehenden Druckmittel anzuwenden, um der Schließung der großen Industriewerke in Breslau entgegenzuwirken.

Dessenfalls Aufträge und steuerliche Vergünstigungen müssen davon abhängig gemacht werden, daß Breslauer Betriebsangehörige nicht arbeitslos gemacht werden.

Stadtr. Genosse Krumm führte in der Begründung aus, daß erst in den letzten Sitzungen über die ungeheure Not der Breslauer Bevölkerung gesprochen worden sei. War damals von über einigen 70 000 unterstützten Parteien die Rede, so ist ihre Zahl heute bereits auf über 80 000 gestiegen.

### Die Arbeitslosigkeit in Breslau

liegt weit über dem Reichsdurchschnitt und es muß deshalb auf Staat und Reich eingewirkt werden, alles zu tun, um weitere Betriebsstillegungen zu verhindern. Es hat nicht viel Zweck, auf jedem Bankett in Berlin über die Not im Osten und über die Not in Breslau zu reden, oder vom Kulturbolwerk im Osten zu sprechen. Diese Reden sind überflüssig, wenn ihnen nicht auch endlich einmal Taten, beispielsweise durch Arbeitszuweisung, folgen. Die Sozialdemokratie kann nicht tatenlos zusehen, wie ein Betrieb nach dem anderen geschlossen wird. Raum ist die Stilllegung des Lokomotivbaues bei Vintze-Hofmann diskutiert worden, da meldet bereits die Firma G. Stein-Halpaus die Betriebsstillegung an, und wieder sollen Hunderte von Arbeitern, die zum Teil bei der Firma das Arbeitsjubiläum gefeiert haben, auf die Straße gesetzt werden. Hier muß einmal ein deutliches Wort geredet werden, besonders wo es sich um Betriebe handelt, die seit Jahren Staat und Reich in Anspruch nehmen. Wenn das Reich ihnen Steuererhöhungen gewährt, dann muß es auch die Kraft haben, einmal einzugreifen und alle Druckmittel anzuwenden, die zur Verfügung stehen.

### Weitere Betriebs-Stilllegungen

Eine kleine Spielkartenfabrik ist geschlossen worden, die Neuen Glanzstoffwerke wollen ebenfalls abbauen, Dorndorf und Meinecke wollen Betriebseinschränkungen vornehmen. Die Sozialdemokratie ist in Preußen und beim Reich vorstellig geworden und es ist deshalb auch erforderlich, daß beide städtischen Körperschaften durch Annahme des Antrages sich in eine Front stellen, um endlich die übergeordneten Stellen zum Eingreifen zu veranlassen. Die Arbeitslosen wollen nicht auf Staatskosten leben. Deshalb haben die verantwortlichen Stellen auch alles zu tun, um die bevorstehenden Betriebsstillegungen oder Einschränkungen abzuwenden.

Stadtr. C. W. Wolff (Dem.) wies darauf hin, daß durch weitgehende Konzessionen versucht werden müsse, neue Industrien für Breslau als Niederlassungsort zu interessieren. Stadtverordneter Halpaus (Volkspartei) stimmte dem Antrage ebenfalls zu. Stadtr. Wujasowsky (Dnat.) erwähnte nur

### wieder die notleidende Landwirtschaft

und meinte, die Sozialdemokraten hätten ja die Macht in Berlin. Für das Zentrum sprach Stadtr. Kabus, der darauf hinwies, daß auch Wertheim einen großen Teil des Personals von auswärts bringen wolle.

Oberbürgermeister Dr. Wagner, der auf die Arbeiten des Magistrats in allen den aufgeworfenen Fragen hinwies, erklärte, daß die Vertreter in allen Ministerien behandelt werden, wie man etwa verarmte Verwandte behandelt, denen man vor-

wirft, daß sie sich trotz ihrer Notlage noch einen Anzug gekauft haben. Bei der Reichsbahn scheine man jetzt endlich zur Einsicht zu kommen und den Forderungen nach Frachtermäßigung für die schlechte Wirtschaft Rechnung tragen zu wollen. Eine Einberufung des Aufsichtsrats der Linde-Hoffmann-Werke sei bisher nicht zu erzwingen gewesen. Fünf Mitglieder seien dazu notwendig, aber zu den zwei Vertretern aus der Belegschaft und den zwei Vertretern des Magistrats habe sich bisher kein fünfter gefunden, der den Antrag unterstützt hätte. Stadtr. Dr. Wolf (Ztr.) vermerkte, daß bei den Konzernen jede nationale Gesinnung zu vermischen sei. Die Sozialdemokraten beliebe er zu verdrängen mit dem Hinweis, daß der Antrag einem agitatorischen Bedürfnis entspreche. Er beantragte deshalb noch einen Zusatz, der die nichtschließenden Unternehmungen berücksichtigt. Stadtr. Genosse Blank (Soz.) zeigte auf, was es mit dem Interesse der Wirtschaftsführer an der Arbeiterschaft auf sich habe. Wenn Industrien 20 bis 30 Prozent Dividende verteilen, kann kaum von besonderer Notlage gesprochen werden. Stadtverordneter Genosse Krumm (Soz.) kritisierte sehr scharf, daß man Schlesien und Breslau in Berlin nie so in Rechnung gestellt habe, wie die Landesteile, wo sich besonders separatistische Bestrebungen bemerkbar machten, aber es sollte endlich klar werden, daß man sich nunmehr doch etwas mehr kümmern müsse. Wenn die bürgerlichen Parteien bei den Konzernen nationale Gesinnung vermischen, so mögen sie in dieser Richtung hin wirken, da sie ja diesen Wirtschaftskreisen nahe stehen. Bürgermeister Wöhe wandte sich gegen die Bornwitzer, daß sich der Magistrat nicht genügend in Berlin durchsetze.

Im Schlußwort verlangte Stadtr. Genosse Krumm (Soz.), daß der Magistrat noch viel scharfer sich durchzusetzen versuche muß. Es ist ein Skandal, daß

### der Sparkassenbau noch immer nicht in Angriff genommen

werden konnte. Aufträge der Stadt sollen in Breslau bleiben, aber daraus darf keine Monopolstellung der Breslauer Unternehmer herauskristallisiert werden. Eindeutig wandte sich Genosse Krumm noch gegen die zweideutigen Bemerkungen des Stadtr. Wolf vom Zentrum und erklärte, daß sich die Sozialdemokratie solche jesuitischen Kniffe nicht länger gefallen lassen wird. Hierauf wurde ein Antrag der Volkspartei angenommen, der die Errichtung eines ständigen Dezerentats verlangte. Einstimmig nahm die Versammlung auch den sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag an. Der Zusatzantrag, den Firmen, die ihre Betriebe nicht schließen, Steuererhöhungen zu gewähren, fand ebenfalls Annahme.

### Sozialdemokratie für Schulentlassungsbeileidung

Unter Bezugnahme auf die Debatte über die außerordentliche Not in Breslau begründete Stadtr. Genosse Tilsner einen weiteren sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag:

Der Magistrat wird ersucht, für alle März 1930 zur Schulentlassung kommenden Kinder von Erwerbslosen, Sozialrentnern und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern folgende Schulentlassungsbeileidung zu bewilligen:

- einen Anzug bzw. Kleid,
- ein Paar Schuhe und
- unabhängige Unterwäsche.

Bei der Frage der Bedürftigkeitsprüfung ist von Seiten der Kreis- bzw. Volksteile ein allzu scharfer Maßstab zu vermeiden.

**Hast du schon Karten zur Film-Matinee**

am Sonntag, den 9. Februar, vormittags 11 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, wo der Russe Viktor Turin in deutscher Sprache über die neue Filmkunst Rußlands spricht? — Wo Ausschnitte aus „Potemkin“, „Mutter“ und der Maschinen-Montagefilm „Turksib“ bei verstärktem Orchester gezeigt werden — Vorverkaufsstellen siehe Kinoinserat







Partei-Schulungs-Kursus

Mitte Februar 1920 beginnt ein Schulungskursus mit dem Thema: "Liberalismus, Faschismus, Bolschewismus, Sozialismus". Leiter des Kursus ist der Genosse Marz.

Die Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge verzögert sich

Der vom Reichsarbeitsminister ausgearbeitete Entwurf zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge kann zunächst nicht an den Reichstag weitergeleitet werden, weil der Reichsfinanzminister der Meinung ist, dass alle Geschenkrenten, die eine neue Belastung beinhalten, einer genaueren Nachprüfung im Finanzministerium bedürfen.

Hilfe für Tschuschen im Auslande

Der sozialdemokratische Sozialminister der Tschechoslowakei hat eine außerordentliche Hilfe in Höhe von 1 Million Kronen zur Unterstützung notleidender Tschuschen im Ausland bereitgestellt.

85 Jahre Montsische Gemeinde

Die 85-Jahrfeier hält die Montsische Gemeinde, E. Breslau am Sonntag, dem 9. Februar, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Wohnenenkursus mit Genossin Kautsky

Der erste Unterbezirks-Wohnenenkursus der Arbeiter-Kinderfreunde findet am Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Sportsonderzüge am Sonntag

- Am Sonntag, dem 9. Februar, verkehren nachstehende Sportsonderzüge: Breslau-Frbg. ab 6,07, Hirschberg-Hbf. ab 8,16, Hirschberg-Hbf. ab 19,30, Breslau-Frbg. an 21,44, Hirschberg-Hbf. ab 8,21, Seidenberg an 8,50, Krummhübel an 9,05, Schmiedeberg ab 18,40, Krummhübel ab 18,25, Hirschberg-Hbf. an 19,14, Hirschberg-Hbf. ab 8,21, Josephinshütte an 9,30, Josephinshütte ab 17,50, Hirschberg-Hbf. an 19,11, Josephinshütte ab 18,28, Hirschberg-Hbf. an 19,23, Breslau-Hbf. ab 5,45, Bad Charlottenbrunn an 8,05, Bad Charlottenbrunn ab 19,00, Breslau-Hbf. an 21,17, Stralitz ab 18,55, Breslau-Hbf. an 17,49, Breslau-Hbf. ab 5,50, Mittelwalde an 8,43, Mittelwalde ab 19,41, Breslau-Hbf. an 22,44, Goh-Hbf. ab 7,50, Bad Kudowa-Sadisch an 9,26, Bad Kudowa-Sadisch ab 18,58, Goh-Hbf. an 20,50, Goh-Hbf. ab 7,55, Seitenberg an 9,01, Seitenberg ab 19,32, Goh-Hbf. an 20,33.

Zur 50jährigen Jubiläum von Leonhard Tiech A. G.

Die Firma Leonhard Tiech A. G. hat anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens eine reich bebilderte Festschrift herausgegeben, die die Geschichte der Firma von den kleinsten Anfängen bis zu ihrer jetzigen Bedeutung schildert.

Zigaretten Diebstahl

Bei einem Einbruch in die Schankkette der Firma Gebr. Wolff in der Brüderstraße, bei der die unbemerktenmännlichen Gäste die mit drei starken Schlössern gesicherte Tür aufsperrten, wurden 600 Zigaretten, 500 Zigarren und 8000 Zigaretten der Marken "Dona", "Doerflitz", "Maritax" und "Ernte" sowie einige Flaschen Spirituosen im Gesamtwert von 640 Mark gestohlen.

Kaffee-Filmregisseur Turin in Breslau

Kaffee-Filmregisseur Turin in Breslau, Vorverkaufslotten heute an der Filmlasse, morgen Sonnabend, 18-20 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Deutscher Arbeiter-Mandanten-Bund

Breslau nimmt nach talentföhrige Kinder, Jugendliche und Erwachsene als Mitglieder auf. Auch Anfänger können sich melden. Rechte Aufnahme erfolgt am Sonntag, den 9. Februar im Gymnasium zum heiligen Geist, vormittags 9 Uhr.

Die Ausstellung der Staatlichen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe

Die Ausstellung der Staatlichen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe im ehemaligen General-Kommando, Schmeibühner Straße, kann trotz des regen Interesses und Besuches leider nicht verlängert werden und wird am kommenden Sonntag, den 9. Februar, geschlossen.

Wieder ein mysteriöser Schuss

In einer Wohnung im Hause Michaelsstraße 18 bemerkte am Mittwoch mittags die Wohnungsinhaberin, dass die äußere Fensterscheibe in Trümmer ging.

Republikanischer Juristenbund Breslau

Republikanischer Juristenbund Breslau (Ortsgruppe des Republikanischen Anwaltsbundes), Öffentliche Versammlung am Montag, 10. Februar, 20 Uhr, im Landeshaus Breslau, Gartenstraße.

Freimarken

Künftig wird die Freimarkte zu 10 Pf. in rotvioletter und die Freimarkte zu 20 Pf. in silbergrauer Farbe hergestellt werden.

Städtische Frauenberufsschule

Im Infanteriecasino wird Näheres über die Aufnahmebedingungen der Städtischen Frauenberufsschule angegeben.

Der Vorstand des Vereines der Freunde Schlessen Arbeiterjugend

Der Vorstand des Vereines der Freunde Schlessen Arbeiterjugend, e. V., beruft eine Generalsammlung auf Mittwoch, den 12. Februar, 19 Uhr, nach dem Bezirkspartei-Bezirksrat, Gartenstraße 17, ein.

Die städtische Volksberatungskommission

Die städtische Volksberatungskommission Karlsruhstraße 11, Schloßstraße 181, ist im Monat Januar von 2032 Personen, und zwar 1594 Männern und 1338 Frauen besucht worden.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V., 6. Frauen-Abteilung, Morgen, Sonnabend, fällt unser Heimabend aus, dafür ist alles in der „Erholung“, Eichenparkstraße 44.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V., 7. Männer-Abteilung, Skifahrer, welche Sonntag, den 9. Februar, mit ins Eulengebirge fahren, geben ihre Meldungen Freitag, den 7. Februar in der Vereinsversammlung an Genossen Spantol.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V., 8. Männer-Abteilung, Die erste Handballmannschaft spielt Sonntag, den 9. Februar, 15 Uhr gegen 1925 in Oswitz.

Wassersport

Schwimmverein „Folobon“ e. V., Winterportier, Sonntag, Fahrt nach Keiners, Teilnehmer heut abend 20 Uhr in der Turnhalle Baulinienstraße.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Sonnabend, den 8. Februar, Vorstandsstunde, Montag, den 10. Februar, Führerkonferenz, Die Halbtagsstunde am 9. Februar fällt aus.

Arbeiter-Mad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Arbeiter-Mad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität, Motorradfahrerabteilung, Im Monat Februar finden alle Sonntage Nachmittagsstunden statt.

9.00: Wader 2. Jhd. - Südost 2. Jhd. - Gröschelwiese: Steinert. Das Spiel 2. Jhd. gegen Südost 2. Jhd. im Bebelpark um 10 Uhr leitet für Genossen Wader der Genosse Dauds (1924).

Handballvorschau für den 9. Februar

Am kommenden Sonntag beginnen im Handball die Serien-spiele. 1. Abteilung I - 5. Abteilung I im Eichenpark, Beide Mannschaften sind in ihrer Spielweise und nach den letzten Spielen sehr unbeständig.

Mochbern I - Nordost I in Mochbern, Auf dem V. O. M. Platz kann man der Sportvereinsgruppe Nordost gegen den Mochberner nicht viel Aussicht auf Sieg zusprechen.

Folobon I - 1925 I im Stadion, Folobon wird über die junge, aber noch entwicklungsunfähige Mannschaft von 1925 zu einem leichten Erfolg kommen.

1927 I - 2. Abteilung auf der Eichenwiese, Ist es doch am Vorabend den 07ten abend, die 2. Abteilung im Gesellschaftsspiele klar aus dem Rennen zu weisen.

8. Abteilung - 7. Abteilung in Eichenpark, Großkampffeld herrscht in Eichenpark, 7. - 8. Abteilung sind die Gegner.

6. Abteilung - 7. Abteilung in Eichenpark, Großkampffeld herrscht in Eichenpark, 7. - 8. Abteilung sind die Gegner.

7. Abteilung - 8. Abteilung in Eichenpark, Großkampffeld herrscht in Eichenpark, 7. - 8. Abteilung sind die Gegner.

Handball

Berichtsaussage für den 9. Februar (Die Reihenfolge bedeutet Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter.) 8.30: Südost - Stern; Kietzdorf; Frisch II.

14.30: Südost Sportlerinnen - F. C. V. Sportlerinnen; Kietzdorf; Buchwald.

15.00: 1925 - 8. Abteilung; Oswitz; Kiole I.

15.00: Tennis - 1907; Helmuthwiese; Peterhoff.

14.00: Mochbern I - Nordost I; V. O. M. Platz; Grabel II.

10.00: 5. Abteilung - Amorensverein; Oswitz; Gröschel.

10.15: 8. Abt. I - 7. Abt. I; Helmuthwiese; Gröschel.

10.00: Stiehl - 1928; Stadion; Bergander.

15.15: Deutsch-Lissa - 5. Abteilung; Klein-Weidau; Kautsch.

Verächtigungen für den 9. Februar

Männer: A-Klasse, Gruppe Ost 14.30: 1907 - 2. Abteilung, Ostpart.

Sportlerinnen: A-Klasse 15.45: 2. Abteilung - Deutsch-Lissa, Ostpart.

Männer: B-Klasse, Gruppe West 10.00: 4. Abteilung - Mochbern, Ostpart.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V., 6. Frauen-Abteilung, Morgen, Sonnabend, fällt unser Heimabend aus, dafür ist alles in der „Erholung“, Eichenparkstraße 44.

Freie Turnerstaffel Breslau E. V., 7. Männer-Abteilung, Skifahrer, welche Sonntag, den 9. Februar, mit ins Eulengebirge fahren, geben ihre Meldungen Freitag, den 7. Februar in der Vereinsversammlung an Genossen Spantol.

Wassersport

Schwimmverein „Folobon“ e. V., Winterportier, Sonntag, Fahrt nach Keiners, Teilnehmer heut abend 20 Uhr in der Turnhalle Baulinienstraße.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Sonnabend, den 8. Februar, Vorstandsstunde, Montag, den 10. Februar, Führerkonferenz, Die Halbtagsstunde am 9. Februar fällt aus.

Arbeiter-Mad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Arbeiter-Mad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität, Motorradfahrerabteilung, Im Monat Februar finden alle Sonntage Nachmittagsstunden statt.

Arbeiter-Sport

Fußballvorschau für den 9. Februar

Das spannendste Spiel des Sonntags sollte sich zwischen F. C. V. - 1928 im Bebelpark abwickeln.

Südost - F. C. V. in Kietzdorf, Sehr schwer ist die Aufgabe, die sich F. C. V. gestellt hat.

Freie Sportfreunde in Mariaböden, Zwei Mannschaften, die sich in der Spielstärke die Wage halten.

Union I - Rapid in Deutsch-Lissa, Erstmals soll die 1b-Mannschaft Unions in Aktion treten.

Union II - Union in Döhlau, Die erste Mannschaft der Döhlauer wird in Döhlau schwer zu kämpfen haben.

Trebnitz - Abtes in Trebnitz, Woher hat in seinen wenigen Spielen Achtungserfolge erzielt.

Kobornitz - Freiheit in Kobornitz, Die neue Aufstellung der Freiheit-Mannschaft hat sich durchaus bewährt.

Hundsfeld - Dels in Hundsfeld, Der Platz in Hundsfeld ist schon mancher Mannschaft zum Verhängnis geworden.

3. d. V. I - Stern III im Stadion, Die der Sportabteilung des 3. d. V. neu angegliederte Fußballmannschaft tritt erstmalig an die Öffentlichkeit.

Märzdorf I - Döwitz II in Märzdorf, Selbst die größten Anstrengungen der Döwitzer werden einen Sieg Märzdorfs nicht verhindern können.

Achtung! Alle Fußballvereine! Am Montag, den 10. Februar, 19 Uhr, bei Fiska kommen sämtliche Vereinsmitglieder zu einer kurzen Besprechung zusammen.

Fußball

F. C. V. Freitag, den 7. Februar, 19 Uhr: Vollversammlung, Nichterfahrenen wird bestraft.

F. C. V. Herrmannsdorf, Freitag, den 7. Februar, 19 Uhr: Monatsversammlung bei Gasse, Neue Mitglieder werden aufgenommen.

F. C. V. Rapid, Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr: Vollversammlung bei Scholz, Weichenburger Straße 17, 22 Uhr: Vereinsversammlung, Zweck: Gründung einer Handballabteilung für Sportlerinnen.

F. C. V. 24, Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr: Vollversammlung, Auffstellung zur Serie, Erhalten ist Pflicht.

Freie Sportfreunde E. V., Freitag, den 14. Februar, 20 Uhr, im Vereinslokal: Außerordentliche Versammlung, Nichterfahrenen wird bestraft.

Berichtsaussage, Folgende Spiele fallen aus: 1921 I und II gegen F. C. V. I und II; 1921 I. und 2. Jhd. gegen F. C. V. I. und 2. Jhd.; Welt I. II und III gegen F. C. V. I. II und III.

Gesellschaftsspiele für den 9. Februar (Die Reihenfolge bedeutet Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter.) 10.00: Wader II - Südost II; Gröschelwiese; G. Born.

Advertisement for NIVEA KINDERSEIFE (Nivea Children's Soap), featuring an image of a child and text describing its benefits for skin.

Advertisement for NIVEA-CREME (Nivea Cream), featuring an image of a man shaving and text describing its benefits for shaving and skin care.



**Familien-Anzeigen**

Am 5. Februar verschied plötzlich unser Mitglied  
**Frau Herta Schubert**  
 geb. Kanzog  
 im blühenden Alter von 29 Jahren. 488  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
 Ostverein Groß Breslau.  
 Beerdigung: Sonnabend, den 8. Februar, nachm.  
 4 Uhr, von der Leichenhalle der Gierth'schen Kapelle  
 in Gräbchen. Trauerhaus, Georgenstr. 14.

Plötzlich und unerwartet verschied am 5. Februar  
 unsere liebe Sportgenossin  
**Herta Schubert**  
 geb. Kanzog  
 im Alter von 29 Jahren  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Freie Rudervereinigung Breslau e.V.**  
 Beerdigung: Sonnabend, 8. Februar, 16 Uhr, von  
 der Gierth'schen Kapelle in Gräbchen aus.

Gesamtverband d. Arbeitnehmer der öffentlichen  
 Betriebe und des Personen- u. Warenverkehrs  
 Am Mittwoch, den 5. Februar, verstarb unser  
 Kollege, der Pensionär  
**Josef Spröer**  
 im Alter von 70 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau.  
 Beerdigung: Sonnabend, den 8. Februar, nachm.  
 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Mauritius-  
 Friedhofes, Steinstraße. 492

Am 5. Februar 1930 verschied unser Mitglied,  
**Herr Josef Spröer**  
 im Alter von 70 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Mitglieder der Schützenkassette  
 der Städtischen Rohrleitbetriebe.  
 Beerdigung: Sonnabend nachmittags 2 1/2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des Neuen Mauritius-Fried-  
 hofes am Lerchenberg, aus.

**Max Schönfelder**  
 Albrechtstraße 56.  
 Heute stelle ich  
 circa 20000 Dosen à 1 Kilo  
**junge Prinzess-Brechbohnen**  
 von hocharomatischem, zartem und selten  
 feinem Geschmack, die nicht mit den  
 handelsüblichen Schnitt- oder Brechbohnen  
 zu verwechseln sind, zu nachstehend er-  
 staunlich billigen Preisen zum Verkauf:  
 1/2 Kilo, 2.00; 1 Kilo, 3.30; 2 Kilo, 6.50; 3 Kilo, 10.00; 5 Kilo, 16.00; 10 Kilo, 31.50 Mt.  
 Für stramme Bäckung und Haltbarkeit  
 liefere ich jede Garantie.  
 Ferner circa 30000 Pfund  
**allerbeste kalifornische  
 Delikatess-Pflaumen**  
 garantiert nur neue Ernte  
 Um diesen Posten schnell umzusetzen,  
 mache ich folgende Preise:  
 mittelgroße, circa 60-70 Stück auf ein engl. Pfund  
 das Pfd. anstatt 0.70 nur 0.58 Mt.  
 5 Pfd. 2.80, 10 Pfd. 5.50 Mt.  
 große, circa 50-60 Stück auf ein engl. Pfund  
 das Pfd. anstatt 1.00 nur 0.65 Mt.  
 5 Pfd. 3.15, 10 Pfd. 6.20 Mt.  
 extra große, circa 40-50 Stück auf ein engl. Pfund  
 das Pfd. anstatt 1.00 nur 0.75 Mt.  
 5 Pfd. 3.65, 10 Pfd. 7.20 Mt.  
 Freitag, Sonnabend u. die folgenden Tage  
**Prima gelochter Schinken**  
 sehr zart und mild, 1/4 Pfd. nur 55 Pf.  
 Besonderes Ausnahme-Angebot!  
**Ia Fouda-Räse**  
 butterweich, delikater Geschmack  
 1/2 Pfd. 20 Pf., 1/4 Pfd. 38 Pf., 1 Pfd. 75 Pf.,  
 1/2 Laib, circa 6 Pfd., je Pfd. 75 Pf.,  
 1/4 Laib, circa 12 Pfd., je Pfd. 71 Pf.  
**Ia Bratbücklingen  
 und Ia Lachsheringen**  
 Ia Bücklinge, je Pfund nur 0.30 Markt,  
 Riste, ca. 5 Pfund, 1.40 Markt  
 Ia Lachsheringe, sehr zartfleischig, das  
 Stück 13 Pf., 2 St. 25 Pf., 10 St. 1.10 Mt.  
 Beachten Sie und studieren Sie in  
 Ihrem ureigensten Interesse meine  
 Schaufenster-Auslagen  
 Albrechtstraße 56 u. 57

**Max Schönfelder**  
 Kaffee-Rösterei & Tee-Import  
 Waren-Verband-Haus u. Wein Großhdlg.  
 Breslau 1, Albrechtstraße 56.  
 NB Sämtliche Gemüse-  
 und Früchte-Konserven  
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen  
 Bestellen Sie meine Sonder-Liste!

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am  
 5. Februar meine inniggeliebte Frau und junge  
 Mutter, meine herzensgute Tochter, unsere liebe  
 Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante  
**Herta Schubert**  
 geb. Kanzog  
 im blühenden Alter von 29 Jahren.  
 Dies zeigen schmerzerfüllt an  
 Breslau, den 6. Februar 1930  
 Georgenstraße 14  
 Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Erhard Schubert als Gatte**  
**Ernestine Kanzog als Mutter** nebst Angehörigen  
**Alfred Schubert** nebst Angehörigen.  
 Beerdigung Sonnabend, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr  
 von der Gierth'schen Kapelle in Gräbchen aus. 7006

*Wollmännchen  
 nun gibt's Seifenpulver*



bereiten, dann nehmen Sie  
**DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER**  
 (Marke Schwan).  
 Sie wissen ja, es ist völlig unschädlich und Sie  
 können tadellos damit waschen.

Ab 1. Februar 1930 befindet sich mein Büro  
**Friebestraße 6, II.**  
 Fernsprecher 350 09 493  
**Dr. Karl Hacks**  
 Rechtsanwalt am Oberlandesgericht.

**Jetzt noch billiger!**  
 Aus einer bedeutenden Tuchfabrik habe einen größeren  
 Posten Stoffe, ausschließlich Neuheiten, gute Quali-  
 täten, günstig erworben. Solche habe ich zu Anzügen,  
 ein- und zweireihig, streng modern, mit besten Zutaten  
 verarbeitet und bringe solche zu  
**staunend billigen Preisen**  
 zum Verkauf  
**Serie I Serie II Serie III**  
**21.50 28.50 33.50**  
 Kommen Sie bald!  
**Tuch- und Maßgeschäft  
 Cheimowitz**  
 Leibnizstraße 22 parteeve  
 Kein Laden! 480

Rede des Verteidigers  
 Dr. Paul Levi-Berlin  
**Jorns-Prozeß**  
 Preis 60 Pf.  
**Volkswacht-Buchhandlungen**  
 BRESLAU • Neue Graupenstraße 5 • Friedr.-Wilh.-Str. 105 • Flurstraße 4/6

**Berücksichtigt unsere Interferenzen!**

Lieber Karl!  
 Wollte Dir nur mitteilen,  
 daß mein Bruder Frh gegen  
 Husten Kudrag Husten-  
 bonbons „Weg ist er“  
 gebraucht hat. Derselben  
 lindert den Husten, geht  
 nach der Drogenhandlung,  
 wo ein Pfat hängt u. laute  
 Dir welche. Frh und ich  
 können es Dir nur empfehlen.  
 Sie sind zu 30 und 50 Pf.  
 zu haben. Mit Gruß  
 Deine Elsa.  
 9454

Strickanzug zeigend, für Kind  
 im Alter von 4-6  
 Jahren verkauft preisw.  
 Friedländer, Sonnenstr. 30.

Emallierungen  
 Vornicklungen 481  
 Reparaturen jeder Art  
**Fahrradhaus Eximius**  
 Reuschstraße 28  
 Ersatzteile äußerst preiswert.

Druckerei Volkswacht  
 fertigt moderne Druckfaden  
 Breslau 2 Flurstraße 4/6

Spotbillig kaufen Sie  
 hochelegante neue,  
 sowie wenig gebrauchte  
**Anzüge, Mäntel,  
 Gehrock, Frack- und  
 Smoking-Anzüge**  
 teils auf Seide  
**25.- Rm.**  
 Nur bei

**E. Singer**  
 Ring 52 und 47

Stoppdecken  
 Umarbeiten aller Art.  
 Friedländer, Sonnenstr. 30.

Benutze die  
**Buchkarte!**  
 Für 50 Pf. wöchentlich  
 kannst Du Dir geistige  
 Schätze von unermeß-  
 lichem Wert erwerben!  
 Wende Dich sofort an unsere  
**Buchhandlung**  
 Neue Graupenstraße 5.

Heimarbeit schriftlich  
**H. Vitalis-Verl. München**

**Wohnungen**  
**Leeres Zimmer**  
 in eingemeindeter Stellung,  
 4x4 Meter, voll mit Verflep,  
 von Parquetboden (Pensionär)  
 zu mieten gesucht.  
 Off. mit Preisangabe unter  
 P. S. postlagernd Obernitz.

**Das Amtsgericht**  
 in Breslau hat am 15. Januar 1930 für Recht  
 erkannt: Der Angeklagte, Kaufmann Rudolf  
 Wandrey, Clausenstraße 34, wird wegen öffent-  
 licher Beleidigung zu einer Geldstrafe von zehn  
 Reichsmark, ersatzweise zu zwei Tagen Haft ver-  
 urteilt und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.  
 Dem Straßenbahnführer Reich, Matthias-  
 straße 63/65, wird die Befugnis zugesprochen, das  
 Urteil binnen einem Monats nach Rechtskraft auf  
 Kosten des Angeklagten einmal in einer Breslauer  
 Tageszeitung veröffentlichen zu lassen. 477  
 gez. Dr. Pantell. gez. Boelch,  
 Referendar.

**CITROVANILLE**  
**GEGEN**  
**KOPFSCHMERZ**  
**MIGRÄNE**  
**NEURALGIE**  
**VORZÜGE**  
 UBERRASCHEND  
 SCHNELLE WIRKUNG  
 OHNE NEURITIS  
 JAHREZEHNT BEWAHRT  
 OHNE MAGENBESCHWERDEN

**Noch einmal  
 500 moderne  
 extra billige  
 Mäntel**



für **Backfische** aus  
**Ottomane** marineblau mit  
 Sattelfutt. u. imit.  
 Pelzkrag. 11.50 **9.50**

für **Damen** aus  
**Ottomane** ganz gefüttert, marke und  
 schwarz, in pa.  
 Qualität, reich  
 mit imit. Pelzverzierung. 22.50 **18.50**

für **Frauen** aus  
**Ottomane** bis zu den größten Weiten,  
 in marine und schwarz, in  
 prima Qualität, mit echter  
 und imitierter Pelzverzierung  
 ganz auf elegantem Kunstseiden-  
 futter. . . 42.—, 39.50, 32.— **29.50**

für **Backfische u. Damen** aus  
**engl. gemustert. Stoffen**  
 mit Sattel, teilweise ganz Futter, gute,  
 weiche Qualität, verschiedene Aus-  
 führungen, mit elegant. imit. Pelz-  
 kragen u. -verzierung, 19.50, 12.50 **9.50**

**Moderne  
 Frauenmäntel**  
 aus **englisch gemusterten Stoffen**  
 gute, mollige Qualität, in schöner, solider  
 Verarbeitung, mit echtem und imitierter  
 Pelz reich garniert, bis zu  
 den größten Weiten **24.50**  
 Stück 29.50

Zirka 1000 Stück  
**moderne Wollstoff-Backfische u. Damen**  
**Glockenkleider** schöne Fasson  
 nur gute,  
**relawollene Qualität,**  
 tolle, prima Verarbeitung. **7.50**  
 14.50, 12.50, 9.50

Zirka 800 Stück  
 schöne **Frauen-Wollstoff-**  
**Glockenkleider** aus prima  
 reinwollenen  
 Populien, Serge  
 und sehr hübsche andere ge-  
 schmackvolle Fassons **13.50**  
 24.50, 19.50, 16.50

Wieder eingetroffen!  
 Das schwere  
**Damen-Trikot-  
 Jumperkleid**  
 in mehreren guten Farben und  
 allen Größen, sehr kleidsam und  
 praktisch, nach wie vor Stück **4.90**



**Proletarier!**  
 Besitzt die kleinste der  
 Sprachschranken? Lerne die  
 Weltsprache Esperanto,  
 die von Arbeitern aller Nationen  
 gesprochen und verwendet wird